

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Radwald, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz 2 Nr. 11, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 981. — Prämienzahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insektionsgebühr die sechsgehaltene Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1839

Nr. 141.

Magdeburg, Freitag, den 20. Juni 1902.

13. Jahrgang.

## Reaktionäre Arbeit.

Die schönen Tage von Berlin, in denen die junkerlichen Landtagsabgeordneten zu den sonstigen ihnen von Reich und Staat so verschwenderisch gereichten Liebesgaben aller Art auch noch 15 Mark Diäten pro Tag schlucken, sind am gestrigen Tage wieder für einige Monate zu Ende gegangen. Die Abgeordneten- und Herrenhausmitglieder haben sich ihren frohgeflückten heimischen Penaten zugewandt, soweit sie nicht vorziehen, aus Gesundheitsrücksichten die ungesunden Räume mit einem fashionablen Bade und ihre anstrengende Geseßsmacherei mit Taubenschießen zu vertauschen.

Die reaktionäre Landtagsmehrheit kann befriedigt in die Ferien gehen. Sie hat in den letzten Monaten rege am Wehgefühl der Reaktion geschäftet und damit den Beweis geliefert, daß sie sich durch solche kleine ministerielle Palastrevolutionen, wie sie im vorigen Sommer den Schluß der Landtagssession zierten, gar nicht aus ihrer Ruhe bringen läßt. Die „Köln. Zeitung“ tröstete sich dieser Tage über die politische Einflußlosigkeit des Bürgertums gegenüber dem überwiegenden Einfluß des Adels im heutigen Preußen-Deutschland mit dem mageren Trost, daß dem „hohen Adel“ in Preußen eine „nicht besonders bedeutungsvolle Sonderstellung“ heimwohne. Ein Blick auf das Ergebnis der Landtagsverhandlungen beweist, daß in der That die „Sonderstellung des Adels“ heutzutage noch so „bedeutungsvoll“ ist, daß es kaum eine aktuellere politische Arbeit für alle selbständig und freiheitlich denkenden Männer giebt, als die Brechung der junkerlichen Macht.

Die wichtigste wirtschaftliche Erscheinung in dem verflochtenen Winter war die Krise mit ihren furchtbaren Folgen der Arbeitslosigkeit, der Entbehrung und des Hungers bei Millionen von Arbeitern. Eine arbeiterfreundliche Regierung würde ihre erste und vornehmste Pflicht darin gesehen haben, die unschuldigen Opfer des wahnwitzigen Steuerehrgeizes der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung zu schützen und Maßregeln zur Beschaffung von Arbeit und Brot zu ergreifen. Aber der „Patriotismus“ unserer maßgebenden Kreise läßt es wohl zu, daß sie heuchlerische Thränen über die Opfer des Krieges in Südafrika oder über die Opfer des Vulkanausbruchs in Amerika vergießt, daß sie sich auch wohl zu einigen Bräusen für jene beklagenswerten Opfer aufschwingen. Aber für die nicht minder beklagenswerten Opfer der wirtschaftlichen Eruptionen in Deutschland hat man nichts übrig. Kaum daß man sich im preussischen Landtag zu einigen Phrasen über die Gefahr der Arbeitslosigkeit aufschwang, und daß man eine fragwürdige Bejahnung im Eisenbahnabau befürwortete.

In Düsseldorf findet gegenwärtig ein internationaler, von der Regierung beschickter Wohnungs-Kongreß statt. Was hat aber der preussische Landtag zur Linderung der furchtbaren Wohnungsnot getan? Man will durch eine „Wohnungsreform“ gefährlichster Sorte die Arbeiter an die Scholle fesseln und sie dadurch noch abhängiger machen von ihren Arbeitgebern als bisher. Sprach es der Herrenhausjunkler Graf Hohenthal doch naiv genug aus: „In dessen Wohnung ich wohne, deß Lied ich singe.“

In Düsseldorf findet auch augenblicklich ein internationaler Kongreß für Arbeiterversicherung statt, auf dem der Staatssekretär Graf Posadowsky und der Handelsminister Möller in schwungvollen Tiraden die Sozialreform priesen. Derselbe Handelsminister Möller hat aber, als im preussischen Landtage eine winzige Verbesserung der Gewerbeinspektion durch Zustimmung von Arbeitern angeregt wurde, in schroffster Weise diese Reform abgelehnt, da sie nach seiner durch keinerlei ernste Sachkenntnis getrüben Ansicht „die politische Befreiung der Arbeiter“ fördere. Derselbe Arbeiterfreundlichkeit bewies derselbe Minister bei der Beratung über die Berginspektion. Der Minister des Innern und der Justizminister standen ihrem Kollegen aber in dieser Beziehung nicht nach, indem sie versuchten, Arbeiter, die ihre Kollegen zu ihrer Organisation heranzuziehen sich bemühen, also ein ihnen reichsrechtlich gewährtes Recht ausüben, wegen „Erpressung“ hinter Schloß und Riegel zu bringen. Nicht minder reaktionär in allen Fragen der Kultur, Bildung und Schule ist der Kultusminister.

Daß auch Graf Bülow, der Reichskanzler, sich dem Einfluß der junkerlichen Landtagsmehrheit nicht zu entziehen vermag, beweist seine zustimmende Erklärung zu dem unverkündeten Verlangen der Junker, ihre ohnehin verfluchten Landarbeiter durch kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs noch mehr zu knebeln. Bülow fühlte sich zu diesem weiten Entgegenkommen um so mehr verpflichtet, als er am Tage vorher den Agrarier des Abgeordnetenhauses eine kleine Enttäuschung durch Ablehnung der Zollwucher-unverschämtheiten bereiten mußte. Denn beim Zolltarif sprechen einige antiagrarische wirtschaftliche Motive mit, denen

sich der sonst ziemlich waschechte Agrarier Bülow doch nicht ganz zu entziehen vermag.

Während die preussische Regierung und die Landtagsmehrheit für Kulturzwecke keinen Pfennig Geld übrig haben, während sie nur allzu berechnigte Gehaltspetitionen von Volksschullehrern brüsk ablehnen, haben sie Hunderte von Millionen übrig, um die Polen zu bekämpfen. Nicht weniger als eine Viertelmilliarde ist in Preußen trotz des offiziellen Gejamers über schlechte Finanzlage übrig, um eine total verkehrte und dabei ebenso zwecklose Antipolenpolitik zu treiben.

Alles in Allem: Reaktion ist Trumpf im preussischen Landtage bei jeder Aufgabe, die er zu erledigen hat.

Um so dringender wird die Pflicht der Arbeiter Preußens, die nächsten preussischen Landtagswahlen vorzubereiten. Im nächsten Jahre wird sich zum erstenmal die Sozialdemokratie geschlossen und auf der ganzen Linie an diesen Wahlen beteiligen. Die Wahlen werden dadurch eine ganz neue Bedeutung erhalten. Sie werden voraussichtlich nicht ohne sichtbaren Erfolg der Sozialdemokratie bleiben. Vor allen Dingen aber werden sie auch zum erstenmal die erzeptionäre, volksfeindliche Thätigkeit der junkerlich-agrarisch-großkapitalistischen Landtagsmehrheit einer Volksabstimmung unterbreiten und durch die vorhergehende Agitation die volksfeindlichen Machenschaften jener Gesellschaft aufdecken und an den Pranger stellen.

Vergessen wir deshalb nicht neben der Agitation für die Reichstagswahlen auch die preussischen Landtagswahlen rechtzeitig und klug vorzubereiten. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. Juni 1902.

### Schluß des preussischen Landtags.

H. Berlin, 18. Juni. Das Herrenhaus nahm am Mittwoch nach langer Debatte das Ausführungsgesetz zum Fleischbeschaugesetz in der Fassung, die es durch die agrarischen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses erhalten hat, an. Es wird also die städtefeindliche Bestimmung Gesetz, daß bereits einmal tierärztlich untersuchtes Fleisch nur dann nochmals in einem städtischen Schlachthofe untersucht werden darf, wenn es auf dem Transport vom Lande in die Stadt in den Verdacht der Verderbenheit geraten ist.

Die Oberbürgermeister machten, mit einem reichhaltigen Material versehen, lebhaft gegen diese Bestimmung Opposition. Vor allem die Oberbürgermeister Becker - Köln, Schneider - Magdeburg, Erster Bürgermeister Dehler - Halberstadt und Bender - Breslau wiesen nach, wie gefährlich für die Volksgesundheit dieses Verbot sei. Auch der Berliner Oberbürgermeister Kirchner beteiligte sich an der Debatte und wandte sich besonders gegen den strittigen § 5.

Die Regierung half sich aus dieser nicht gerade angenehmen Lage, so gut es ging. Herr v. Rheinbaben erklärte, die Zeit bis zum Inkrafttreten dieses Paragraphen — 1. Oktober 1904 — soll zu einer Verringerung des Schlachthofgesetzes benutzt werden, in der die den Städten erwachsenden Schäden wieder ausgeglichen werden sollen. Eine eigenartige Gesetzgebung, die eine als schädlich erkannte Maßnahme akzeptiert, in der Annahme, sie später vielleicht wieder unschädlich machen zu können.

Am Nachmittag fand dann die übliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages statt. Graf Bülow verlas die königliche Botschaft, die den Schluß des Landtags verfügte. Die Mitglieder beider Häuser hatten sich zu diesem Akt nur spärlich eingefunden. —

### Die Haftbarkeit der Lehrer bei Unfällen in der Schule

kam, so schreibt uns unser Berliner W-Korrespondent, bei einem Konfliktverfahren in Frage, das durch das Ober-Verwaltungsgericht erledigt wurde. Der Lehrer Bah hatte nach der Schreibstunde die im Schulbesitz befindlichen Federhalter mit den Federn durch den Ersten der Klasse einsammeln lassen. Als dieser einem Bankersten Steup die ihm von letzterem zugereichten Federhalter abnehmen wollte, hielt Steup die Halter fest, um den Primus zu ärgern. Es gab ein ganz kurzes Hin- und Hergerren, der Primus ließ los und Steup drang beim Zurückweichen die eine Feder in das rechte Auge, so daß die Schärfe des Schülers ganz erheblich beeinträchtigt ist. Der Arzt schätzte die Einbuße an zukünftiger Erwerbsfähigkeit auf 25 Prozent

Der Vater des Verletzten verlangte nun, sich auf Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches stützend, von dem Lehrer im Wege der Zivilklage Schadenersatz, und zwar sollte der Lehrer jährlich vom Tage der Schulentlassung ab 600 Mark zahlen.

Die Regierung erhob zu Gunsten des Lehrers den Konflikt und machte geltend, die Schadenersatzklage sei hier überhaupt nicht gegeben, weil der Lehrer nichts Pflichtwidriges gethan habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab dem Konflikt statt, so daß der Zivilprozeß gegen den Lehrer endgültig einzustellen ist. Es wurde ausgeführt: Das Einsammeln der Federn durch den Klassenersten lasse sich an sich nicht bemängeln. Es frage sich deshalb nur, ob der Lehrer es zur fraglichen Zeit an der nötigen Aufsicht habe fehlen lassen. Bei einem solchen Mangel wäre die Schadenersatzklage zulässig. Es könne aber Bah nicht zum Vortritt gemacht werden, weil im Augenblick 83 Kinder in der Klasse waren und der Vorgang sich im Nu und ohne vorherigen Wortwechsel abspielte.

Wer müßte also zum Schadenersatz verurteilt werden? Der preussische Staat, der es zuläßt, daß ein Lehrer 83 Kinder unterrichten muß, obwohl der Staat selbst 70—80 Kinder als Höchstzahl festgesetzt hat. —

### Unsitlichkeit und Vulkanausbrüche.

Zwar müssen die Kinder in der Volksschule noch den alten Mythos auswendig lernen, daß der liebe Gott Sodom und Gomorrha durch einen Schwefelregen vernichtet habe, weil in jenen beiden Städten so viel Unsitlichkeit getrieben worden sei. Wer allerdings in der Wahlzeit nicht so sorgfältig genug gemein ist, wie die Kinder, wird sich bei der Wahrsprechung, da man sich nicht um die Sitlichkeit oder Unsitlichkeit menschlichen Lebewesens kümmert, die sich auf jener Kruste im Laufe von Jahrtausenden allmählich entwickelt haben.

Da aber nicht alle Studenten derartige Kollegs besuchen, da außerdem sehr viele Menschen nicht wissen wollen, was die Wissenschaft lehrt, sondern sich wohlher fühlen, wenn sie weiter „glauben“ können, so kann auch der folgende vom Nachener „Echo der Gegenwart“ mitgeteilte Brief eines in Trinidad befindlichen, aus Wirtshaus (Regierungsbezirk Aachen) gebürtigen Priesters nicht sehr überraschen:

„Geradezu unglaublich klingen die Mitteilungen, die über die fittliche Verkommenheit der Bevölkerung dort (in Martinique Ned.) zu uns herüberdringen; diese ist wohl eine Folge der Lässigkeit, die die französische Regierung in Fragen der Religion einnimmt. Habt ihr gehört, daß der gottlose Pöbel dort am Charfreitag ein Schwein spottweise gefreuzigt und ein anderes Schwein am Ostermontag als „wieder aufgestanden“ durch die Straßen getrieben hat? Von den wenigen, die den Schicksalsschlägen während der letzten Wochen entkommen sind, hören wir, daß sich für den Himmelfahrtstag etwas Ähnliches vorbereitet, aber durch die grauenerregenden Naturerscheinungen vereitelt wurde. Wo in aller Welt würde eine zivilisierte Regierung es geschehen lassen, daß einem Pferde eine Hostie zum Spott gereicht werde! Die Ereignisse der letzten Wochen geben unter solchen Umständen erstlich Stoff zum Nachdenken! ...“

Besonders der Schlußsatz läßt deutlich erkennen, daß der fromme katholische Briefschreiber glaubt, in dem Vulkan Pelee eine Art Finger Gottes sehen zu können, den Gott gleichsam in die schwärende Wunde Martinique gelegt habe. Wenn man selbst diese Theorie Spätes halber gelten lassen wollte, so wäre es nur sonderbar, daß der vulkanische Rächer gerade den allerwertvollsten Menschen von Martinique, einen im untersten Gewölbe des Gefängnisses untergebrachten gefährlichen Verbrecher, verschont hat. Und weiter dürfte auch wohl noch die Frage berechtigt sein, warum die rächende Hand Gottes nicht schon früher bei den himmelschreienden Unsitlichkeiten allerchristlicher Päpste und bei den Schweinegeleien katholischer Pfaffen, Mönche und Nonnen ein warnendes Exempel statuierte. —

### Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Die Umsiedelungskommission hält nächsten Dienstag eine Plenarsitzung in Posen ab. —

In der letzten Versammlung der Schul-Kommissions-Vorsteher Berlins teilte, nach der „Berliner Zeitung“, der Vertreter der Schuldeputation mit, daß die schulpflichtigen Kinder von Nicht-Preußen auf Antrag der Eltern einzuschulen seien, eine gesetzliche Pflicht zu regelmäßigem Schulbesuch bestehe für sie nicht. — Wir geben diese Notiz zunächst nur mit einem Fragezeichen wieder.

Zu dem bevorstehenden Wechsel im Eisenbahn-Ministerium wird von freikonservativer Seite

behauptet, daß eine Zeit lang folgende Kombination bestanden habe: Landwirtschaftsminister v. Pobjielski sollte Nachfolger des Ministers v. Thielen werden und Freiherr v. Schorlemer-Alst, ein Sohn des verstorbenen Führers der Centrumpartei, Kammerherr und Mitglied des Herrenhauses, das Landwirtschafts-Ministerium übernehmen. Diese Kombination sei aber angeblich an dem entschiedenen veto des Reichstanzlers Grafen Bülow gescheitert. — Diese Version klingt nicht gerade sehr wahrscheinlich. —

Die Zolltariffkommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung der Textilzölle fort. Die Positionen 397-401 (Seidengarn, Rohseide, künstliche Seide, ungenüßerte, laffenbindige Gewebe, Gewebe für Möbel und Zimmerausstattung, ganz aus Seide und teilweise aus Seide) wurde nach der Vorlage genehmigt. Nur die Nummerierung von Position 401, wonach Abschnitte von Meterware von vier Meter Länge oder weniger als abgepaßte zu verzollen sind, wurde gestrichen. Auch die Positionen 402-405 (Sammet, Plüsch, Füll, Bentelstuch) bleiben unverändert. Position 406 legt auf anderweit nicht genannte mindliche Gewebe einen Zoll von 1200 Mark (bisher 1000 Mark). Abg. Dr. Bachem (Centr.) beantragt folgende Fassung: In derweit nicht genannte mindliche Gewebe: im Gewicht von mehr als 21 Gramm auf 1 Quadratmeter Gewebefläche 1000 Mark, von 21 Gramm oder weniger auf 1 Quadratmeter Gewebefläche 1500 Mark. Abg. Broemel (Freis. Vg.) beantragt im Antrage Bachem statt „1000“ und „1500“ zu setzen „400“ bzw. „1000“ Mark. Dieser Antrag Broemel wird angenommen und die Weiterberatung dann auf Donnerstag vertagt.

Die gegenwärtige Beratung der Textilzölle verleiht der Kommission nach dem „Vorwärts“ mehr den Charakter einer Sachverständigen-Kommission, da immer mehr Produkte — Rohseide, Seidengarn, Seidengewebe u. — zur Anschaulichmachung der vorgeschlagenen Gründe ausgelegt werden. Besonders die Sozialdemokraten legen allerhand Warenproben vor. Gegen die Zollunt der Mehrheit nicht das leider nichts. Den Anstrich einer Handelsgesellschaft geben aber der Kommission die in den Couloirs antichambrierenden Deputationen von Industriellen aller Branchen, die auf Abgeordnete wie auf Regierungsvertreter gleichermaßen einzuwirken suchen, um ihre Wünsche in der Kommission zur Erfüllung zu bringen. Der Schacher blüht. —

Die Polengefahr. Der Kaiser wird auf seinen jetzigen ausgedehnten Reisen demnächst auch in Posen verweilen. Wie dem „Vorwärts“ von dort mitgeteilt wird, machen sich Vorbereitungen für diese Anwesenheit des Kaisers bereits in eifrigen polizeilichen Schutzmaßnahmen bemerkbar. So sind im Stadttheater schon Vorkehrungen zur Unterbringung einer sehr zahlreichen Polizeimannschaft (meist Berliner) getroffen worden und auch sonst ist die Polizei flüchtig in der Ueberwachung aller Bevölkerungsteile. —

Die Sperrung der russischen Grenze für Preußengänger ist wiederholt angekündigt worden. Jetzt hat das Polizeidepartement in Warschau nach der „Frankf. Ztg.“ die Gouverneure im Weichselgebiete angewiesen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bauern zu verhindern, zu Feldarbeiten nach Preußen zu gehen. Den Preußengängern soll nur in dem Falle gestattet werden, die Grenze zu überschreiten, wenn sie vorher mit preußischen Gutbesitzern Arbeitsverträge abgeschlossen haben. —

Heiteres zur Kasinopolitik. Zu der Meldung, daß unter der Hand dahin gewirkt werden sollte, daß die über einen politischen Namen verfügenden Staatsangehörigen, zumal wenn sie in geachteter Stellung sich befinden, ihren Namen gegen einen deutschen Namen eintauschen, daß ferner dem jungen Soldaten vor Augen gehalten werden sollte, ein deutschentendender und deutschgesinnter Mann müsse einen deutschen Namen haben, macht die „Köln. Volksz.“ den boshaften Vorschlag, daß die vielen preußischen Generale mit polnischen Namen sowie die Minister von Pobjielski und Bjadomski mit gutem Beispiel vorgehen möchten. —

Die „schneidige Klinge“. Auf einem Feste des Corps Borussia in Bonn hat der erste Chargierte in einer Rede erklärt, die aktiven Angehörigen des Corps würden auch in Zukunft eine „schneidige Klinge“ führen. Der Redner hat damit versprochen, so bemerkt hierzu treffend die „Volksz.“, daß er und seine Kommilitonen in Zukunft so gut wie sicher die Strafgesetze über das Duell zu verletzen bereit und bestrebt sein würden. Jedes Duell mit geschliffenen Schlägern ist nach dem Urteile des Reichsgerichts ein Zweikampf mit tödlichen Waffen auch trotz der Anwendung der bei den Mensuren herkömmlichen Schutzvorrichtungen. Die Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen, sowie die Annahme einer solchen Herausforderung aber wird nach § 201 mit Festungshaft bis zu sechs Monaten, der Zweikampf selbst mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Umstand, daß jemand, der von seinem Verein behauptet, er wolle dem Staate gute Bürger oder gute Beamte erziehen, in demselben Klammzuge seine und seiner Genossen Bereitwilligkeit zu befinden und zu riskieren wagt, sich über bestehende Strafgesetze hinwegzusetzen, dieses Verognommis kennzeichnet drastisch die vollständige Unhaltbarkeit der Gesetzgebung gegen den Zweikampf in ihrer dermaligen Fassung. Unmöglich kann eine solche Kriegserklärung gegen bestehende Strafgesetze, wie sie sich der identische Redner in Bonn in seiner Androhung leisten zu sollen glaubte, bei den freien Schützen des Volkes zur Stärkung der Achtung vor dem Ernst und der Majestät des Gesetzes beitragen. —

### Frankreich.

#### Ein Urteil zu Gunsten der Gewerkschafter.

Der Appellhof von Limoges hat kürzlich ein für die Gewerkschaften interessantes Urteil. Die Buchdrucker bezot-

tierten den Druckereibesitzer Dumont, welcher sich weigerte, die Bedingungen des Buchdruckerverbandes zu unterzeichnen und den Tarif in seiner Werkstätte auszuführen. Dumont klagte gegen den Buchdruckerverband und verlangte Schadenersatz wegen Boykott. Er wurde mit seiner Klage in erster Instanz abgewiesen und der Appellhof bestätigte das Urteil, indem er in den Gründen ausführte, daß das Gesetz der Gewerkschaften von 1884 den Arbeiterinhalten das Recht verleiht, über Betriebe, welche den Tarif der Gewerkschaften nicht anerkennen, den Boykott zu verhängen. Die Maßnahme wäre durchaus gesetzlich, da die Arbeiter weder Drohung noch Gewalt angewendet hätten. —

### Der Fall Bonnal.

Zu der Angelegenheit des Generals Bonnal werden folgende Einzelheiten gemeldet: Bonnal hatte vor 18 Jahren eine ziemlich bedeutende Geldsumme erhalten, die er als Geschenk ansah, während ein Gerichtsbeschluss erklärte, daß Bonnal die Summe lediglich zur Verwahrung übergeben worden sei mit der Verpflichtung, das Geld zurückzugeben. Da dies Bonnal unterließ, strengte die Mutter des minderjährigen Eigentümers der Geldsumme gegen Bonnal einen Prozeß an. Bonnal wurde zur Rückzahlung verurteilt, die jedoch nur in Raten erfolgte. Vor kurzem wandte sich der indessen großjährig gewordene Prozeßgegner Bonnals an den Kriegsminister, der sich veranlaßt sah, die Angelegenheit dem Disziplinargericht vorzulegen, das, wie berichtet, entschieden hat. Zum Nachfolger Bonnals als Direktor der Oberkriegsschule ist der Sohn des Generals, General de Lacroix, in Aussicht genommen. —

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die preussische Polenpolitik.

Geiern kam eine Anfrage des Tschechen Klossak an die österreichische Regierung wegen der von dem deutschen Reichstanzler im preussischen Herrnhause aus Anlaß der Rosenborlage gehaltenen Rede, die eine absichtliche Aufhebung des deutschen Elements außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, und in erster Reihe in Oesterreich, gemeint sei, zur Verhandlung. Der Ministerpräsident v. Körber erklärte, daß er in die erwähnte, die leitenden Grundsätze der preussischen Politik enthaltende Rede des deutschen Reichstanzlers eine Propaganda nicht hineinzuweisen vermöge, welche die politischen Verhältnisse des österreichischen Staates berühre. Er habe daher seinerseits keinen Anlaß irgendwie auf dieselbe zurückzukommen. Dagegen müsse er allerdings mit aller Schärfe jene fleten Agitationen beurteilen, die hier von ganz vereinigten Seiten immer wieder versucht würden, und deren Charakter und Tendenz er erst kürzlich bei einem ähnlichen Anlaß gekennzeichnet habe. — Der Antrag Klossak auf Eröffnung der Debatte über die Antwort des Ministerpräsidenten wird abgelehnt. —

Die Stadt Mako in Ungarn wählte heute vierzehn Stadirepräsentanten mit sozialistischem Programm. —

### Belgien.

Prozeß wegen Rebellion. — Neue Wahlrechtsfundgebung. In Löwen begann am Dienstag ein Rebellionsprozeß gegen 14 junge Leute, von denen die Mehrzahl erst 15 bis 18 Jahre alt sind. Diese jungen Arbeiter hatten sich am Abend des 18. April an den Wahlrechtsfundgebungen beteiligt, welche, wie erinnerlich, durch das Einschreiten der Polizei ein so blutiges Ende nahmen. —

In Wasmes (Voinage) ist es gelegentlich der Einweihung einer Konsumgenossenschaft am Sonntag, den 15. d. M., neuerdings zu Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht gekommen. Die Arbeiter durchzogen in geschlossenen Reihen, welche sich am Bahnhof bildeten, die Dristchaft. In einer zahlreich besuchten Versammlung sprachen Vandervelde, Senator Vastien und der kürzlich aus Frankreich heimgekehrte Genosse Desuisseaux. Die Redner ermahnten die Arbeiter, in ihren Forderungen auszuhalten. —

### Italien.

#### Die Erfolge des Koch- und Kellnerstreiks.

Der Streik der Köche und Kellner in Mailand, welcher nunmehr siegreich beendet ist, drehte sich in erster Linie um den Stellennachweis, und brachte einen ganzen Erfolg. Die Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwerbe Mailands verbleibt der Organisation der Arbeitnehmer. Das Reglement wurde von einer aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern bestehenden Kommission entworfen und tritt am 1. August in Kraft. Das wesentlichste ist, daß die organisierten Arbeitnehmer in der Stellenvermittlung bevorzugt werden. Die Ausschusskommission des Nachweises ist aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern zusammengesetzt, deren Präsident nach Uebereinkunft der Camera del Lavoro und der Handelskammer gewählt wird. Die Arbeitskammer ist somit von den Arbeitgebern anerkannt. Die Kosten werden zur Hälfte getragen. — Außer der Errungenchaft der Stellenvermittlung ist die Arbeitszeit auf 14 Stunden begrenzt worden, Ueberzeit wird bezahlt. Ein Minimum für die Arbeiter der internen Arbeiten und ein Ruhetag alle 14 Tage ist festgesetzt. Die Arbeitszeit und die Lohnaufbesserungen treten bereits am 1. Juli in Kraft. —

## Vierter deutscher Gewerkschafts-Kongreß.

G. Stuttgart, 18. Juni 1902.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

### Dritter Verhandlungstag.

#### Nachmittags-sitzung.

Börselburg eröffnet die Sitzung und schlägt vor, die Frage der Streikunterstützung beim Punkt Kartelle zu verhandeln. Beim Punkt

#### Streikunterstützung

wird Sirbig-Erzalan die Haltung der Generalkommission, speziell des Genossen Köstle, gegen den Streik der Glasarbeiter zur Sprache bringen, wird aber vom Vorsitzenden daran gehindert. Er empfiehlt den Ausbau der Streikunterstützung, damit die Verbände für ihr Vorgehen geeignetes Material in Händen hätten. Börselburg weist auf die Mängel der vom Reichsamt aufgenommener Streikunterstützung hin. Die Generalkommission sollte sich die Aufgabe stellen, diese Mängel nachzutreiben. Es sind zahlreiche Streiks überbaub nicht in der Reichsamt aufgenommener. Das Reichsamt hat nicht nur die Polizeibehörden, sondern auch die Verbände der Gewerkschaften befragen. Dann würde eine vollständige Streikunterstützung zustande kommen und unsere Maßnahmen wären überflüssig. Vom Reichsamt-Hamburg erklärt namens der Generalkommission, daß von ihr bereits die Überführung der von Börselburg vorgeschlagenen Ausgestaltung beschlossene ist. Der Punkt „Streikunterstützung“ ist damit erledigt.

Es folgt der Punkt

### Reichs-Arbeitersekretariat.

Von der Generalkommission liegt folgender Antrag vor: Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Kurserie, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Kurserie in der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt zu sorgen hat.

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission. Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Generalkongreß den Betrag von 15 000 Mark pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pf. pro Mitglied und Quartal erhöht.

Hörsten-Berlin führt als Referent aus: Die Gewerkschaften konnten bisher nicht recht zum praktischen Ausbau ihrer Bewegung kommen, weil sie zu sehr mit der Abwehr der ihnen drohenden Gesetzgebungsaktionen zu thun hatten. Jetzt, wo eine Zeitlang Ruhe herrscht, beschäftigen sich die Gewerkschaften mehr und mehr mit praktischen Dingen. Der vorliegende Antrag liegt auf dem von mir gekennzeichneten Gebiete. Die Gewerkschaften müssen sich nicht nur ihrer Gefunden, sondern auch ihrer Kranten annehmen. Nachdem durch die Entwicklung der Industrie und des Kapitalismus die Zahl der Unfälle immer mehr wächst, müssen wir den Opfern der heutigen Wirtschaftsmethode Schutz gewähren. Redner bemängelt die neuerlich zu Tage getretene Spruchpraxis des Reichs-Versicherungsamts, die das Unfall-Versicherungsrecht jetzt viel ungünstiger für die verletzten Arbeiter auslegt, als es in früherer Zeit der Fall war. Es gehöre jetzt hauptsächlich ein gewisses Raffinement des Arbeiters dazu, der Versicherungsfall den Unfall nachzuweisen. Der Begriff „Versicherungsfall“ werde jetzt so eng ausgelegt, daß dem Arbeiter die Vertretung seiner Rechte immens erschwert wird. Die Vertreter der Berufsgenossenschaften würden hoch entschädigt und seien beim Termin anwesend, dem Arbeiter werde in der Vorladung gesagt, er brauche nicht erscheinen und er komme deshalb auch sehr oft nicht. Sei er aber auch da, so könne er nicht reden. Ueber das Gesicht des Arbeiters werde kaum länger Hand nach den Darlegungen des Vertreters der Berufsgenossenschaften abgeurteilt. Viel Zeit habe das Gericht nicht; was in den Akten stehe, wisse meist nur der Vorsitzende und der Referent. Stadtragen habe im Reichstage die Mißstände gekehrt, besonders auf den Mißbrauch mit dem Institut der Vertrauensärzte hingewiesen. Graf Pojadosky erwiderte darauf, daß § 69, 3 gestatte, dem Arbeiter einen Arzt seiner Wahl mit der Unterzeichnung zu betrauen. Tatsache sei, daß die Arbeiter viel zu wenig von diesem Rechte Gebrauch machen. Freilich, es gäbe in Deutschland kaum hundert Ärzte, die dem Arbeiter seine Erwerbsunfähigkeit bescheinigen, so sehr haben sich diese in den Dienst des Unternehmertums gestellt. Weise es bei der jetzigen Spruchpraxis, so habe das Unfall-Versicherungsrecht bald keinen Wert mehr. Schon das Verfahren bei dem Schiedsgericht sei nicht objektiv zu nennen. In sechs bis sieben Minuten werden die Sachen abgeurteilt, und dabei handle es sich doch um Menschenleben und Menschennothen und nicht um alte Lumpen. Die Arbeiter leiden unter diesen Dingen jurchbar, und die Gewerkschaften müssen hier Schutz gewähren. Minäthlich hat man sich mit den Arbeiter-Sekretariaten abgefunden, unsere Vertreter werden jetzt häßlicher behandelt, die Frage, ob die Vertretung „gewerksmäßig“ geschehe, wird seltener gestellt. Aber es bleibt noch viel zu thun übrig. Obwohl Graf Pojadosky das Gegenteil einmal im Reichstage für wünschenswert erklärt hat, hat der Arzt immer noch das Hauptwort bei der Feststellung der Prozenz der Erwerbsunfähigkeit zu sprechen. Die Sachleute aus dem Gewerbe, die besitzen, sind meist nur Staffage, in 6 bis 7 Minuten kann man sich kaum ein Urteil bilden. Welsch müssen aber die Verletzten abgeben, weil sie das betreffende Material nicht rechtzeitig zur Stelle geschafft haben. Es wird ja nicht nach sozialen Gesichtspunkten, sondern rein juristisch geurteilt. Die Gewerkschaften müssen sich um die Versicherungs-Rechtsprechung mehr kümmern als bisher. Sie müssen mit dieser Aufgabe die Arbeiter-Sekretariate betrauen, sie müssen die Bureaus für die Sozialgesetzgebung bilden. Der Arbeiter-Sekretär findet sich in diese Dinge schnell und gut. Abseits dürfen die Arbeiter-Sekretariate von den Gewerkschaften nicht stehen, sie müssen thätiglich die Bureaus der Gewerkschaften werden. Jetzt werden ja die Sekretariate auch von der Partei in Anspruch genommen, ohne daß von ihr Beiträge gezahlt werden. Es wäre aber nicht praktisch, den jetzigen Zustand zu ändern. Die Sekretariate geben jetzt Auskunft an Unorganisierte. Ich will daran nichts ändern. Ich halte es aber für richtig, daß Schriftsätze usw. für Unorganisierte nicht ausgeführt werden, sondern daß man den Betenten den Rat giebt, den Organisationen beizutreten, wenn sie größere Arbeiten vom Sekretariat verlangen. Das ist besser, als Bezählung zu nehmen, aus der vielleicht doch noch die Gewerksmäßigkeit der Raterteilung herausbefreit werden könnte. Der vorliegende Antrag der Generalkommission trifft das Richtige, der hier vorgezeichnete Weg ist billiger als die bisherige Praxis, besondere Vertreter für jeden einzelnen Fall zu übernehmen. Ich hoffe, Sie werden dem Antrag zustimmen. Wird von der Regierung das Reichs-Arbeitersekretariat als „gewerksmäßig“ gestempelt, so schadet es auch nichts. Dann würde es klar sein, daß man unsere praktische Arbeit nicht will. Der Kostenpunkt kann nicht in Frage kommen. Für die Vertretung müssen Leute mit den nötigen Gehebeskenntnissen und den nötigen Umgangsformen gewonnen werden. Rechtsanwält habe ich damit nicht geeignet, sie haben sich mit den Gesetzesmaterien nicht eingehend genug beschäftigt. Die im Antrag der Generalkommission vorgezeichneten Kosten werden reichen. Bei der Berliner Gewerkschaftskommission besteht bereits ein derartiges Sekretariat. In den dort vorhandenen zwei Personen brauchte nur noch eine Person hinzuzutreten. Es ist ein bedeutendes Stück praktischer Arbeit, das hier geleistet wird. Sperren Sie sich nicht dagegen, weil es Ihnen einige Kosten macht. Benutzen wir die Vorteile, die uns das Gesetz giebt. Wir sind die besten Vertreter, die unsere Mitglieder in schwerer Lage zu schützen haben.

Von der Regierung wohnen heute dem Kongreß Gewerberat Gölzer als Vertreter des Reichsamts des Innern und Regierungsrat Schimidt von der württembergischen Centralstelle für Handel und Gewerbe, beauftragt vom württembergischen Ministerium des Innern, bei.

Mattukat-Stuttgart referiert nun über die Thätigkeit und die rechtliche Stellung der Arbeiter-Sekretäre. Es bestehen jetzt in Deutschland 37 Arbeiter-Sekretariate, abgesehen von einigen Instituten, die von der Centrumpartei oder im Anschluß an sie gegründet worden sind. Vor drei Jahren gab es nur 17 Arbeiter-Sekretariate. Die rapide Zunahme weist schon das vorhandene Bedürfnis nach. Die Sekretariate haben außerordentlich gegenständig gewirkt durch ihre Auskunftsberichter in Dingen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Einzelne Verbände haben aber trotzdem eine feindselige Haltung gegen die Arbeiter-Sekretariate angenommen und sie mit Strafverfügungen belästigt. In Braunschweig, Gera, Posen und Bochum sind solche Molestationen erfolgt. In Gera wurde der Sekretär als unzuverlässige Persönlichkeit bezeichnet, weil er eine Gefängnisstrafe wegen Preßvergehens erlitten hatte. Die übrigen Sekretariate wollten man als Rechtsbureaus, die gewerksmäßig betrieben wurden, unter Polizeiaufsicht stellen. Im Weimarer Fall wurde vom Landgericht und Ober-Landesgericht die Gewerksmäßigkeit angenommen. Die Gewerksmäßigkeit wurde darin erblickt, daß die Rat suchenden Personen den Gewerkschaften zugeführt worden sind, die ein Interesse an den vermehrten Beiträgen haben. Die Angelegenheit führte zu einer Interpellation im Reichstage, und Graf Pojadosky desavouierte diese Annahme der Gerichte. Der Justizminister Preußens hat die Staatsanwaltschaften angewiesen, die Arbeiter-Sekretariate nicht mehr als gewerksmäßig zu betrachten. Erhö-

## Vierter deutscher Gewerkschafts-Kongress.

G. Stuttgart, 18. Juni 1902.

### Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Bömelburg eröffnet die Sitzung. Meusch-Weipzig erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 156 Mandate für gültig erklärt worden. Diese Mandate werden von 155 Delegierten ausgeübt, die 81118 Stimmen vertreten. Der Vertreter der Portefeuille wurde vorläufig nicht zugelassen. Nachdem aber der Vorsitzende des Verbandes der Portefeuille sich mit dem Frankfurter Memorandum einverstanden erklärt hat, wonach eine Konkurrenz des Verbandes der Portefeuille mit dem Verbande der Buchbinder ausgeschlossen ist, stellt die Kommission es dem Kongress anheim, den Vertreter als Gast zuzulassen.

Für ungültig erklärt wurde das Mandat von Hrl. Zmle, weil der Verband der Bureauangestellten, der sie entsandt hat, keine Beiträge über drei Quartale an die Generalkommission entrichtet und auch nicht um die statutenmäßige Stundung derselben nachgesucht hat.

Abgelehnt wurde die Zulassung von Vertretern der Gewerkschaftskarteile.

Den Vertretern des „Verbands Arbeiterpresse“ soll bei den Punkten „Arbeiter-Sekretariat“ und „Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte“ beratende Stimme eingeräumt werden.

Zu Wort ist vom Gewerkschaftskarteile eine Resolution gegen die Buchdrucker gefaßt worden, in der diese ausgeschlossen wurden, weil sie als nicht mehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend anerkannt werden könnten. Infolge einer Beschlusse der Buchdrucker ist die Mandatsprüfungskommission damit beauftragt worden. Die Kommission empfiehlt dem Kongress, dem Vortrage Gewerkschaftskarteile seine Mißbilligung auszusprechen.

Das Mandat des Hrl. Zmle wird vom Kongress „großmütig“ für gültig erklärt unter der Voraussetzung, daß die restierenden Beiträge vom Verband der Bureauangestellten nachgezahlt, auch die laufenden Beiträge fortgezahlt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß sich auf künftigen Kongressen andere Organisationen mit ähnlichen Sünden nicht auf diesen einen Fall berufen dürfen.

Im übrigen stimmt der Kongress den Vorschlägen der Mandatsprüfungskommission einstimmig zu.

Der Kongress fährt hierauf in der Beratung der Tagesordnung fort.

Die Punkte

### „Allgemeine Agitation“ und „Correspondenzblatt“

werden zusammen behandelt.

Es liegen dazu Anträge vor, die Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands, die Bildung von Provinzial-Agitationskommissionen, die Veröffentlichung aller die Gewerkschaften berührenden Gerichtsurteile im „Correspondenzblatt“, ein wöchentlich erscheinendes politisches Gewerkschaftsblattes „Oswiata“ und „zur Förderung der Agitation am Niederrhein“ von der Generalkommission verlangen. Ein weiterer Antrag verlangt freie Lieferung des „Correspondenzblattes“ an die Gewerkschaftskarteile.

Legien äußert sich zu den Anträgen. Die Errichtung von Unterrichtskursen sei von der Zentralinstanz technisch nicht durchzuführen. Die Errichtung von Provinzial-Agitationskommissionen sei wünschenswert, die Generalkommission betrachte den Antrag als Anregung. Die Zusammenstellung der Gerichtsurteile würde zu umfangreich werden. Wer das Material nicht gründlich studiert habe, werde sich auch kaum darin zurechtfinden.

Die Nachsprache machte gerade in den die Gewerkschaftsbewegung so eng berührenden Fragen des Vereins- und Versammlungsrechts fortwährend Änderungen durch. Je nach der mehr oder weniger liberalen Auffassung der Richter werden diese aus der Reaktionsperiode stammenden Gesetze mehr oder weniger liberal ausgelegt. Er halte es für's Beste, daß die letzten beiden Anträge zurückgezogen werden. Die Kosten für die „Oswiata“ werden jetzt nur zum Teil von der Generalkommission getragen. Werde die „Oswiata“ durch Beschluß des Kongresses in ein wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt, so würde die „Oswiata“ die ganzen Mehrkosten allein zu tragen haben, was jedenfalls der Kongress nicht wolle. Man könne also nur die Generalkommission beauftragen, mit den beteiligten Faktoren sich über die genannte

Frage zu verständigen. Der Agitation am Niederrhein werde von der Generalkommission die größte Aufmerksamkeit geschenkt; er bitte den Antrag auf Errichtung einer besonderen Agitationskommission der neu zu wählenden Generalkommission zur Erväugung zu überweisen. Das „Correspondenzblatt“ werde in so vielen Exemplaren versandt, als die Vorstände verlangen, der Antrag auf Lieferung an die Karteile sei deshalb überflüssig.

In der Diskussion kommen zahlreiche Wünsche auf Förderung der Agitation in einzelnen Distrikten wie in einzelnen Gewerben, so dem Müllereigewerbe, zum Ausdruck.

Zischendorfer tritt mit Nachdruck für die Errichtung von Unterrichtskursen ein, die namentlich für die sehr auf sich selbst angewiesenen Gewerkschaftsführer in den Mittelstädten sehr fruchtbringend sein würden.

Reyhäuser hält den Gedanken der Unterrichtskurse für gut gemeint, aber für praktisch undurchführbar.

Nohrlack-Stettin beantragt, im „Correspondenzblatt“ eine regelmäßige tabellarische Uebersicht über die Streikstatistik zu veröffentlichen.

Legien hält es für besser, diese Uebersicht in dem von der Generalkommission herausgegebenen statistischen Handbuch zu veröffentlichen.

Gegen die Herausgabe des statistischen Handbuchs wendet sich Reyhäuser, er unterstützt den Antrag Nohrlack.

Silberjohann-Berlin tritt für Förderung der Agitation in den Grenzdistrikten, namentlich in der Textil-, Metallarbeiter- und Bauarbeiterbranche ein, eventuell unter Schaffung neuer Stützpunkte wie sie bereits in Posen und anderswo gegriindet worden sind. Er wünscht weiter, daß die Generalkommission und die Verbände die freien Hilfsklassen bei aller Anerkennung ihrer früheren Leistungen jetzt als überlebt betrachten, und die guten Kräfte, die noch dort thätig sind, den Ortskrankenkassen, die heute viel größere Bedeutung haben, zugänglich gemacht werden. Den Ortskrankenkassen liegt der Ausbau großer sozialpolitischer Einrichtungen wie Lungenheilstätten, Erholungsstätten ob, für welche die in den Gewerkschaften lebendigen Kräfte nutzbar zu machen seien. Auch den Handwerksvereinen müssen Generalkommission und Verbände größere Aufmerksamkeit schenken. Die Gewerkschaftler sollten in Gesellenauschüsse gehen und dort auf die Gestaltung des Beschäftigten einwirken.

Von verschiedenen Seiten wird gewünscht, daß das „Correspondenzblatt“ „aufgeschritten“ geliefert wird.

Ein Schlusstrang wird angenommen.

Der Antrag betr. Errichtung von Unterrichtskursen wird der Generalkommission überwiesen.

Weiter wird beschlossen: Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinschaftliches Arbeiten der Organisationsleute an den größeren Orten durch Zusammenkünfte nach Bedarf.

Der Antrag Nohrlack, im „Correspondenzblatt“ regelmäßig eine tabellarische Streikübersicht zu veröffentlichen, wird der Generalkommission zur Erväugung überwiesen.

Der Antrag auf Zusammenstellung der wichtigen Gerichtsurteile im „Correspondenzblatt“ wird abgelehnt, ebenso der Antrag, die „Oswiata“ wöchentlich erscheinen zu lassen.

Der Beschluß des Frankfurter Kongresses betreffend die Herausgabe eines Jahrbuchs der Gewerkschaften wird aufrecht erhalten.

Der Antrag auf Errichtung einer Agitationskommission am Niederrhein wird der Generalkommission zur Erväugung überwiesen.

Der Antrag, das „Correspondenzblatt“ aufgeschritten zu liefern, wird der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag, das „Correspondenzblatt“ den Gewerkschaftskarteilen frei zu liefern, wird abgelehnt.

Nach der Verlesung einiger Begrüßungen durch den Vorsitzenden Bömelburg tritt die Mittagspause ein.

Berichtigung. Zu dem Bericht über die gestrige Sitzung ist eine persönliche Bemerkung dem Abg. Sachse in den Mund gelegt, die Reyhäuser-Weipzig gegen den Abg. Sachse gemacht hat.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

## Die Streiks im Jahre 1901.

Im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht Genosse Legien einen sehr instruktiven und wertvollen Artikel über die Streiks im Jahre 1901, dem wir folgendes beachtliche Material entnehmen.

Die gewerkschaftliche Streikstatistik ist wohl in den letzten

Jahren wesentlich vervollkommen worden, doch umfaßt sie noch nicht alle vorkommenden Streiks und ist für einzelne Streiks noch nicht bällig die Auskunft zu erlangen, wie sie für die Statistik erwünscht wäre.

Mit Ausnahme der Lederarbeiter, von deren Vorkommnissen kein Material zu erlangen war, haben alle Organisations-Mitteilungen über die Streiks- und Lohnbewegung im letzten Jahre gemacht. Genaue Angaben ließen sich aber nicht für alle Streiks machen.

So berichten die Böttcher über drei Angriffsstreiks und vier Abwehrstreiks (19 Beteiligte), die Dachdecker über einen Streik, die Gemeindebediensteten über einen Streik, die Kupferschmiede über zwei Streiks (einer mit neun Beteiligten) und die Sattler über drei Streiks, für welche nähere Details nicht angegeben werden können. Die Zimmerer berichten nur summarisch über 54 Platzstreiks mit 416 Beteiligten und 1471 Streiktagen. Von den letzteren Streiks endeten 23 mit vollem Erfolg. Da weitere Angaben nicht gemacht wurden, so setzen sich die vorstehend genannten 68 Streiks (444 Beteiligte) in die Einzelaufstellungen nicht einfügen.

Es berichten die Bäcker über fünf Lohnbewegungen mit 632 Beteiligten und über sieben Bewegungen ohne Angabe der Beteiligten; die Brauer über 16 Lohnbewegungen mit 259 Beteiligten; die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter über 18 Lohnbewegungen mit 740 Beteiligten; die Holzarbeiter über 58 Lohnbewegungen mit 2581 Beteiligten; die Lithographen über 11, die Müller über 1, die Schuhmacher über 67 und die Tabakarbeiter über 11 Lohnbewegungen. Bei den Tapezierern erstreckten sich die Lohnbewegungen auf 12 Betriebe mit 160 Arbeitern, bei den Wergoldern auf 24 Betriebe mit 670 Arbeitern. Die größere Mehrzahl dieser Bewegungen endete mit vollem Erfolg oder wurde durch Vergleich mit teilweisem Erfolge beendet. Nur wenige verliefen ergebnislos.

Im letzten Jahre sind wiederum in allen Berufen, in welchen zur Zeit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen Streik erreicht werden können, Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen. Nur die Buchdrucker berichten, daß es zu Arbeitsverhältnissen nicht kam; sie hatten jedoch im letzten Jahre 108 Maßregelungen zu verzeichnen. Auch die Eisenbahner berichten über wiederholt vorgekommene Maßregelungen. Bei den Seeleuten kam es im letzten Jahre zu keinen ernstlichen Differenzen und zu keinem Streik. Im übrigen hatten keine Streiks die Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Lagerhalter und Maschinisten, bei denen nach Lage des Berufes und der Organisation zunächst noch nicht daran zu denken ist, gestellte Forderungen durch eine Arbeitsverhältnisse zur Anerkennung zu bringen.

Das von den Gewerkschaften eingeleitete Material ist in zwölf Tabellen zusammengestellt.

Es sind danach im Jahre 1901 insgesamt 727 Streiks mit 48 522 Beteiligten, 3283 Wochen Dauer und 2 515 888 Marx Streiktage zu verzeichnen. Rechnen wir die eingangs erwähnten 68 Streiks mit 444 Beteiligten hinzu, so sind nach den Angaben der Gewerkschaften im letzten Jahre 795 Streiks mit 48 966 Beteiligten geführt worden. Im Jahre 1900 waren unter Einzuzählung der Streiks, für welche die näheren Angaben fehlten, 834 Streiks mit 116 214 Beteiligten zu verzeichnen. Demnach überstiegen im letzten Jahre die Zahl der Streiks um 1000 in der Zahl der Beteiligten um 27 752.

Unter den Streikenden befanden sich 3326 weibliche Personen. Von den Streiks waren 267 = 36,8 Prozent erfolgreich, 171 = 23,6 Prozent teilweise erfolgreich und 287 = 32,6 Prozent erfolglos, während bei 30 Streiks der Ausgang nicht bekannt war und 18 Streiks am 1. Januar 1902 nicht beendet waren. Das Jahr 1900 wies 44,1 Prozent erfolgreiche, 25,3 Prozent teilweise erfolgreiche und 25,5 Prozent erfolglose Streiks auf. Der Ausgang der Streiks hat sich mithin wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter verschoben, eine Erscheinung, die als Folge der ungünstigen Wirtschaftslage anzusehen ist. Aber auch in der Art der Streiks kommt die ungünstige Geschäftslage klar zur Erscheinung. Von den Streiks waren 291 = 40 Prozent Angriffsstreiks und 436 = 60 Prozent Abwehrstreiks. Im Jahre 1900 war das Prozentverhältnis genau umgekehrt, obgleich auch schon in diesem Jahre der wirtschaftliche Niedergang sich deutlich fühlbar machte.

In den 291 Angriffsstreiks waren 22 761 Personen beteiligt, an den 436 Abwehrstreiks 25 761. Die ersteren Streiks dauerten insgesamt 1581 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1 153 570 Marx, die letzteren dauerten 1702 Wochen und machten

## Renillon.

Manuskript verboten.

## Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(62. Fortsetzung.)

Die Majorin rutschte unruhig auf ihrem Stuhl hin und her, schüttelte heutzend den Kopf und ließ ihre erschrockenen Augen zwischen ihrem Sohne und den beiden jungen Mädchen hin und her wandern. Rudi schob düstere Blicke nach dem Serben hinüber. Rizzi löffelte ruhig an ihrer Speise weiter und Kathi blickte erwartungsvoll zu ihrem Nachbar auf.

Der Pastor ließ nicht lange auf seine Antwort warten. Er lächelte ein wenig überlegen und sprach: „Sie sagen da nichts Neues. Die schönen Theorien bekommen wir alle Lage zu hören von unsern jungen Herren, die sich für freie Geister ausgeben. Das klingt ganz gut, hat aber für die Praxis gar keinen Wert; denn sobald Sie diese Theorie von der heiligen Liebe zum Gesetz erheben wollten, würden Sie sofort die Anarchie einreizen sehen, die Sie doch selbst verurteilen. Diese unruhige, genußsüchtige Jugend von heute will nichts mehr wissen von Pflicht und Verantwortlichkeit, darum spottet sie über das bürgerliche Gesetz gerade so gern, wie über die geoffenbarte Religion, und treibt dafür ihren Götzendienst mit philosophischen und poetischen Schlagworten. Sie gehören wohl auch zu den Uebermenschen, die sich jenseits von Gut und Böse fühlen?“

Der ironische Ton, in welchem das vorgebracht wurde, verletzete Gregor. Er zuckte leicht die Achseln und sagte: „Ich weiß sehr wohl, es ist schmer, von den geistlichen Herren eine einfache Antwort auf eine einfache Frage zu bekommen. Ich frage Sie: Ist eine Ehe heilig, die aus frivolen, materiellen Gründen geschlossen ist, und wo der Mann die Frau prostituiert und die Frau den Mann herunterzieht, oder wo sie beide sich unglücklich fühlen und ihren Kindern ein schlechtes Beispiel geben — ist eine solche Ehe auch heilig? Und Sie

antworten mir: Sie bilden sich wohl auch ein, daß sie was Besseres sind, wie andre Leute. Sagen Sie, gnädige Frau oder meine jungen Damen, glauben Sie auch, daß die göttliche Weltordnung verlangt, sie müßten sich jedes Schicksal in der Liebe — oder jagen wir Ehe — gefallen lassen, was Ihnen der Zufall bringt? Wenn Sie fühlen, daß Sie unschuldig gemißhandelt werden, werden Sie nicht weglaufen? Die meisten von Ihnen werden doch überhaupt verkauft, und selbst wenn Sie einen Mann heiraten, in den Sie sich verliebt sind, wie wollen Sie wissen, ob er so ist und so bleiben wird, wie Sie ihn denken. Wir spielen ja alle hübschen Komödie, wenn wir geküßt werden wollen. Die Wahrheit kommt immer erst nach der Hochzeit heraus. Nun, ich frage: wenn man einen großen Irrtum einzieht, ist es recht, ein ganz gewisses Unglück für das ganze Leben auf sich zu nehmen, oder ist nicht besser, seine Kraft zu retten für einen neuen Versuch? Wenn eine dumme Sitte die Menschen zwingt, in die Ehe hineinzutreten wie Narren, so muß doch erlaubt sein, zur nächsten Thür wieder hinauszulaufen, wie vernünftige Leute. Und Ihnen, Hochwürden, will ich ein Wort sagen: es ist so schwer gemacht, daß der richtige Mann und die richtige Frau sich herausfinden in der Masse, daß wir alle sehr froh und dankbar sind, wenn wir nur einigermaßen das Richtige getroffen haben. Ist gar keine Gefahr, daß alle Paare auseinanderlaufen, um etwas Besseres zu suchen. Müß' ist viel zu große und Resultat zu unsicheres. Was nur einigermaßen sich gut verträgt, sage ich, das bleibt zusammen.“

Ein allgemeines Stillschweigen folgte dieser langen Rede. Selbst der geistliche Herr, der doch der Berufsmann gewesen wäre, hielt es nicht für angezeigt, darauf zu erwidern. Er setzte eine kühl abweisende Miene auf und wechselte einen verständnisvollen Blick mit der Frau des Hauses. Die Majorin verstand die Aufforderung, die darin lag, und erhob sich.

„Ich denke, wir heben die Tafel auf,“ sagte sie mit einem zermurmelten Lächeln. „Ich kann nicht finden, daß die Rich-

tung, die das Gespräch genommen hat, zu der Stimmung paßt, die eine christliche Familie am heiligen Abend beherrschen sollte. Sie scheinen auch in Ihrem Eifer ganz vergessen zu haben, daß sich zwei junge Mädchen und ein unschuldiger Knabe unter Ihren Zuhörern befinden.“

Der unschuldige Knabe trat mit einem raschen Schritt an seiner Mutter Seite heran, ergriff sie fast rauh am Arm und stammelte, bleich vor Erregung, mit zuckenden Lippen: „O, Mama, bitte — ich bin kein Kind mehr. Ich verstehe sehr gut, was dieser Herr meint. Ich will — ich werde...“ Das Ende des Satzes verlor sich in ein undeutliches Gemurmel. Ein paar Sekunden noch zögerte Rudi und schien etwas sagen zu wollen. Die Finger seiner Rechten ballten und spreizten sich, wie in einer Art Krampf — und plötzlich lief er aus dem Zimmer und machte die Thür unsanft hinter sich zu.

In peinlicher Verlegenheit schauten die Zurückgebliebenen einander an. Sie stunden noch immer um den Tisch herum und warteten auf eine Aufforderung der Hausfrau, in den Saal zurückzukehren.

Rizzi war die erste, Worte zu finden. „Ja, was ist denn?“ rief sie in naiver Verwunderung. „Ich glaub', der Rudi spinnt a bißl! Der versteht doch zum mindesten Amal gar nix' von dem Sach. Und überhaupt, ich weiß gar net, was wolk's. Dees war doch ganz richtig, was der Herr g' sagt hat.“ Und dann wandte sie sich mit ihrem schönsten Hochdeutsch an Pastor Wertmeister und sagte: „Ja, haben Sie denn etwa „Mora“ nicht gelesen? Dieses Meisterwerk von Henrik Ibsen?“

Der Pastor mußte wider Willen lächeln, denn sie brachte das so großartig und drohlich vorwurfsvoll heraus. Nur mit Mühe vermochte er den Ton seelsorgerischer Würde zu bewahren, indem er ihr erklärte, daß dergleichen keine gesunde Rhetorik für ein junges Mädchen sei.

Rizzi begehrte sofort auf: „Aber bitt schön, erst recht ist das a'und! O' Männer freilich, die möchten, daß wir von

eine Ausgabe von 1342 418 Mark erforderlich. Erfolgreich waren 109 = 8,7 Prozent der Angriffstreiks und 158 = 8,6 Prozent der Abwehrstreiks; während von den ersteren 92 = 81,6 Prozent teilweise erfolgreich waren, konnten von den Abwehrstreiks nur 79 = 18,1 Prozent mit teilweisem Erfolg beendet werden und 153 = 85,1 Prozent waren erfolglos. Dagegen erboten von den Angriffstreiks nur 84 = 28,9 Prozent ohne Erfolg. Im Jahre vorher stellte sich das Ergebnis der Abwehrstreiks wie der Angriffstreiks für die Arbeiter günstiger, denn es wurden 41,4 Prozent der Abwehrstreiks und 46,1 Prozent der Angriffstreiks mit vollem Erfolge beendet.

Den größten Anteil an der Streikbewegung im Jahre 1901 hatten die Maurer mit 158 Streiks und 9273 Beteiligten. Der Zahl der Streiks nach folgen dann die Holzarbeiter mit 84, die Metallarbeiter mit 70 und die Zimmerer mit 36; der Zahl der Beteiligten nach aber die Glasarbeiter mit 4177, Textilarbeiter mit 3845, Fabrikarbeiter mit 2980, Metallarbeiter mit 2906, Schneider mit 2490, Holzarbeiter mit 2390 und Maler mit 2210. In den übrigen Gewerben betrug die Zahl der Streikenden unter 2000.

Der Verlust an Arbeitszeit ist bei 661 Streiks mit 44 392 Beteiligten insgesamt mit 1276 122 Tagen festgestellt worden. Hieron entfallen 605 221 Tage auf Angriffstreiks und 670 901 Tage auf Abwehrstreiks. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug bei den Angriffstreiks für 19 524 Streikende 2 089 802 Mark und bei den Abwehrstreiks für 19 389 Streikende 1 907 280 Mark.

In den Jahren 1890 bis 1901 sind nach den, in den ersten Jahren allerdings sehr unvollkommenen Angaben der Gewerkschaftsstatistik insgesamt 5351 Streiks mit 589 375 Beteiligten, 23 567 Wochen Streikdauer und einem Kostenaufwand von 16 854 678 Mark geführt worden.

An den Angriffstreiks waren in den genannten Jahren 421 425 Personen beteiligt. Die Streikdauer betrug 13 138 Wochen, die Ausgabe 10 863 659 Mark. An den Abwehrstreiks waren beteiligt 147 841 Personen, die Streikdauer betrug 10 234 Wochen, die Ausgabe 5 334 576 Mark. Während durchschnittlich bei den Angriffstreiks 26 Mark Streiklohn pro Kopf der Streikenden entfallen, kamen bei den Abwehrstreiks 36 Mark auf jeden Streikenden an Unkosten.

(Schluß folgt.)

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Streiks, Lohnhöhen und Ausperrungen.

**Stuccateure.** In Chemnitz ist der Streik beendet. sechs Geschäfte haben die Forderungen bewilligt. Ueber zwei andere Firmen ist die Sperre verhängt. —

**Buchbinder und Galanteriearbeiter.** In Göttingen wird bei der Firma Lühöck u. Co. gestreikt. Die Situation bietet gute Aussichten. —

**Holzarbeiter.** In Zeulenroda wird jetzt schon seit vier Wochen bei den Möbelfabrikanten gestreikt. Man sucht allorts Streikbrecher; wahrscheinlich ohne Erfolg. —

**Straßenbahner.** In Stuttgart hat die Straßenbahn-Gesellschaft 55 der am Streik Beteiligten überhaupt nicht wieder eingestellt. Die anderen, welche sie in „Gnaden“ angenommen hat, werden bis zum 1. Juli zu verminderten Lohnsätzen beschäftigt. — In Neapel wird gestreikt. Der Betrieb ruht fast ganz. — Auf Anraten der Arbeitskammer

in Mailand lehnten in einer Versammlung der Straßenbahner die Geschäfte der Gesellschaft beizugehen. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Streikenden irgend eine ihrer Forderungen durchsetzen werden. Ebenso beharrlich weigert sich die Direktion, die eingestellten 53 Streikbrecher zu entlassen. —

**Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter und Bauhilfliche.** In Stockholm wurde eine neue Tarifgemeinschaft mit erhöhten Lohnsätzen vereinbart. —

**Kaffeelerinnen.** Bei der Firma Lutherer u. Peter in Triest verlangten die dort beschäftigten 16 Kaffeelerinnen Lohnzulage und Arbeitszeitverkürzung. Der bisherige Lohn betrug durchschnittlich bei 10 stündiger Arbeitszeit 1,15 Mark. Da die Arbeitgeber diese bescheidene Forderung ablehnten, erklärten sich sämtliche in Triest beschäftigten Kaffeelerinnen — 700 an der Zahl — solidarisch

mit ihnen und legten die Arbeit nieder. Nach 4 tägigem Streik wurden die Forderungen bewilligt. —

**Belagerungszustand in der Schweiz.** Auf Verreiben der kapitalistischen Presse und der Unternehmer hat die Regierung des Kantons Bern über Biel den Belagerungszustand verhängt und den radikal-kapitalistischen Politiker und Oberst Will zum Regierungskommissar ernannt. Seit Wochen streiken dort die Bauarbeiter um Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse. Es ist nun den Streikenden verboten, fernerhin Umzüge oder öffentliche Versammlungen zu veranstalten, und die Abhaltung der Streikbrecher von der Arbeit wird mit drei Tagen Gefängnis bedroht. Also ein kapitalistisches Schreckenregiment in der Republik. —

### Soziales.

**Der Verband deutscher Arbeitsnachweise** wird von Donnerstag, den 9., bis Sonnabend, den 11. Oktober, in Berlin seine dritte Verbandsversammlung abhalten. Hauptsächlich sollen bei dieser Gelegenheit die Erfahrungen erörtert werden, die bei der letzten Krise auf dem Arbeitsmarkt gemacht wurden. Den einleitenden Vortrag wird Dr. Jastrow halten. Ueber Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweise wird Prof. Herkner-Büchli referieren. —

### Aus der Parteibewegung.

**Die neue Vorwärts-Druckerei** wird, wie neulich in einer Versammlung des sächsischen Berliner Wahlkreises mitgeteilt wurde, am 1. Oktober d. J. vollständig fertig gestellt sein und es wird zu dieser Zeit der Betrieb aufgenommen werden. Die finanzielle Frage wurde in kurzer Zeit und in glänzender Weise gelöst. In hervorragender Weise haben sich die Gewerkschaften an diesem Unternehmen beteiligt, so daß erheblich mehr als die für notwendig erachtete Summe aufgebracht worden ist. Die maschinellen und technischen Einrichtungen sind die besten, ebenso wie sie auch in hygienischer und sanitärer Beziehung allen Anforderungen entsprechen, die Wünsche der Arbeiter sind weitgehendst berücksichtigt worden. Als Geschäftsführer ist der Genosse Richard Fischer und als technischer Leiter Genosse Hahn gewählt worden. Die Kontrolle wird von einer neungliedrigen Kommission, die aus je einem Vertreter der acht Wahlkreise und einem Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission zusammengesetzt ist, ausgeübt werden. —

**Genosse Schöpflin** ist am Sonnabend aus dem Redaktionsverband der „Volksstimme“ in Chemnitz ausgeschieden, um die Leitung der für den 11. und 14. sächsischen Reichstagswahlkreis bestimmten und am 1. Juli ins Leben tretenden „Volkszeitung für das Muldenthal“ zu übernehmen. — Die Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme“ widmet ihrem scheidenden Mitgliede einen warmen Nachruf und hofft, daß es ihm mit Hilfe der Parteigenossen bald gelingen werde, das Mandat im 14. Wahlkreise zu erringen und die konservative Herrschaft dortselbst zu brechen. —

**Aus Meinungen.** Am Sonntag fand in Schalkau der erste meiningener Parteitag statt. Derselbe war von 59 Delegierten besucht, die 26 Orte des 1. und 2. meiningener Reichstagswahlkreises vertraten. Nach mehrstündiger lebhafter Debatte wurde der vom Genossen Hofmann-Saalfeld im Auftrage der Landtags-Fraktion ausgearbeitete Organisationsentwurf en bloc mit 36 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Neuorganisation teilt das ganze Land in vier Agitationsbezirke mit den Vororten Böhneck, Saalfeld, Sonneberg und Salzungen. Die Landtags-Fraktion bildet den Landesvorstand; als das die Geschäfte führende Mitglied desselben wurde Genosse Hofmann-Saalfeld gewählt. Als Ort der nächsten Tagung wurde Judenbach und als Vertreter für den Parteitag in München Genosse Wehder bestimmt. —

**Totenliste der Partei.** In Dresden verstarb am Dienstag vormittag, wie der „Vorwärts“ berichtet, Genosse Bruner, ein altbewährtes Mitglied unserer Partei infolge von Gehirnerweichung, welche Erkrankung seit einigen Monaten schwer an ihm zehrte. Bruner, von Beruf Tischler, hat seit langen Jahren in Dresden-Neustadt an allen Kämpfen der Partei tüchtig und treu mitgewirkt. —

### Magdeburger Angelegenheiten.

Am Dienstag wurde unser verantwortlicher Redakteur auf Grund des § 186 des Str.-G.-B. verurteilt, weil er die unwahre „Thatsache“ behauptet hatte, ein von ihm namhaft gemachter Obdachloser sei „infolge seiner Armut“ wohnungslos, er lebe in „bitterer Armut“ und es sei „ein starkes Stück“, die Armut in „dieser“ (nämlich der vorher dokumentarisch belegten) Weise auszunutzen. Natürlich ist die Frage, ob jemand „arm“ ist, überhaupt nicht thatsächlich zu beurteilen. Natürlich würde Krupp es als „bittere Armut empfinden“, wenn er plötzlich mit nur 6000 Mark pro Jahr auskommen sollte, während ein bitter armer Mann, wie zum Beispiel der Bergmann Zieger in Löhburg, der bei zahlreicher Familie nur 21 bis 24 Mark pro Woche verdient, nach der Meinung eines noch ärmeren Menschen, der nur 12 bis 15 Mark pro Woche einnimmt, schon fast wohlhabend sein dürfte.

Die Behauptung einer unwahren Thatsache konnte unserem Redakteur nur vorgeworfen werden, wenn irrig angenommen wurde, er habe jagen wollen, Zieger sei nicht durch seinen Mangel an Privatvermögen, sondern durch Arbeitslosigkeit oder einen direkten Hungerlohn obdachlos gewesen, er habe ferner sagen wollen, die Ziegerischen Eheleute seien wirklich in der ihnen angebrohten Weise ausgebeutet worden.

Auf Grund einer ähnlichen Entscheidung gegen unser Harburger Parteiblatt hat jüngst das als Revisionsinstanz angerufene Reichsgericht unter Aufhebung des Urteils u. a. gesagt:

„Das Landgericht wird seinem Urteile eine Begründung zu geben haben, welche erkennen läßt, daß er sich der Grenzen zwischen der Behauptung von Thatsachen und der Kritik bewußt war. Auch darauf wird es zu achten haben, daß dem Angeklagten die Möglichkeit gegeben sein muß, seinen guten Glauben nachzuweisen und eventuell den Beweis der Wahrheit der von ihm behaupteten Thatsachen zu führen. Entscheidend ist nicht allein die Auslegung, welche das Gericht dem Artikel giebt, sondern ob der Angeklagte dieser Auslegung gefolgt ist und das Bewußtsein gehabt hat, in diesem Sinne den Artikel zu veröffentlichen.“

Schade, daß das Schöffengericht diese Reichsgerichtsentscheidung am Dienstag noch nicht gekannt hat. —

**Das Recht auf Einsicht in die Wählerliste.** Mit der Frage, ob die Wähler ein unbeschränktes Recht auf Einsicht in die Wählerliste haben, hatte sich das Oberverwaltungsgericht in einem Rechtsstreit zu beschäftigen, der verschiedene Bürger aus Guchingen gegen den Gemeinderat erhoben hatten. Das Oberverwaltungsgericht hob die Entscheidung auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück, indem es geltend machte, wenn die Einsicht in die Wählerliste bei der Auslegung beschränkt und den Wählern eine auf den gesamten Inhalt sich erstreckende Durchsicht nicht gestattet worden wäre, so würde dies die Ungültigkeit der Wahlen zur Folge haben, denn es fehlt dann an der gefehrmäßigen Auflegung, die eine Voraussetzung für die Gültigkeit der Wahlen bildet. Auch kann nicht angenommen werden, daß der Verstoß nur dann die Ungültigkeit der Wahlen nach sich gezogen hätte, wenn dadurch das Wahlergebnis beeinflusst worden sei, oder hätte beeinflusst werden können, denn es handelt sich nicht um einen Mangel, der die Gültigkeit einzelner Stimmen, sondern um einen solchen, der die des ganzen Wahlverfahrens in Frage stellen würde.

ger nicht wissen, damit f' uns nur recht b daß wir all's glaub'n und uns all' Die ganz dummen Gans, die mög werdt's schon sehen, Zhr werdt's jo haupts ka g'schätz Wädel mehr se „Bravo, bravo, jerr gut!“ rief den er Miene machte, Lizzi zu ur Sie wich ihm aber aus und ?

„Und daß Sie's nur wissen, mei' Lieber, wenn i amal heirat' und das W u n d e r b a r e kommt net, da lauf' ich auch davon. Grab' wie die Frau Nora.“

„Jerr gut, jerr gut!“ lachte Gregor und küßte ihr heimlich die Hand. „Gib' ich doch nicht ganz umsonst ge- dacht. Haben Sie gehört, gnädige Frau, was Fräulein sagt hat?“

„Ich habe es mit Schrecken gehört!“ verzogte die Majorin die Stirn. „Und dann schritt sie rasch nach der Thür und forderte die Gäste auf, in den Saal zurückzukehren. Die Herzen wurden alle wieder angefaßt. Zerückgeleitete Wärme und heiler Glanz erfüllten den weiten Raum, dessen Schmuckstücke und Stilmängel in dem wohlwollenden Licht der Kerzen wirklich kaum merklich wirkten; aber die Stimmung war doch u gründlich verdorben — die freundige, gedankenlose Gemüts- heit war geföhren vor dem winterkalten Rauch gesunder Behweishheit, den der Fremdling mit hineingebracht hatte.“

Gregor fühlte wohl, daß er Spielverderber geworden sei. Es traute sich eigentlich niemand mehr mit ihm zu reden, und Lizzi, die aus reinem Trost zu ihm hielt und ihn beste ent- schiedener auszeichnete, je schärfer ihn die übrige Gesell- schaft ihre Abneigung empfinden ließ, Lizzi mußte Mann und Kind mit ihm teilen.

Das sollte nicht sein. Er entschloß sich kurz, ging auf die Hausfrau zu, sobald er sie allein in einer Ecke des Zimmers besorgte und sagte: „Ich sehe, gnädige Frau, ich habe

nem anfügen können, fallen lassen soll'n. s am liebsten. Zhr ü treiben, daß über- en mag.“

„Gor freudig aus, in- en.“

„Ich mich dem Zeige- fender: „Und daß Sie's

„Ich habe es mit Schrecken gehört!“ verzogte die Majorin die Stirn.

„Und dann schritt sie rasch nach der Thür und forderte die Gäste auf, in den Saal zurückzukehren. Die Herzen wurden alle wieder angefaßt. Zerückgeleitete Wärme und heiler Glanz erfüllten den weiten Raum, dessen Schmuckstücke und Stilmängel in dem wohlwollenden Licht der Kerzen wirklich kaum merklich wirkten; aber die Stimmung war doch u gründlich verdorben — die freundige, gedankenlose Gemüts- heit war geföhren vor dem winterkalten Rauch gesunder Behweishheit, den der Fremdling mit hineingebracht hatte.“

Gregor fühlte wohl, daß er Spielverderber geworden sei. Es traute sich eigentlich niemand mehr mit ihm zu reden, und Lizzi, die aus reinem Trost zu ihm hielt und ihn beste ent- schiedener auszeichnete, je schärfer ihn die übrige Gesell- schaft ihre Abneigung empfinden ließ, Lizzi mußte Mann und Kind mit ihm teilen.

Das sollte nicht sein. Er entschloß sich kurz, ging auf die Hausfrau zu, sobald er sie allein in einer Ecke des Zimmers besorgte und sagte: „Ich sehe, gnädige Frau, ich habe

das Unglück, Ihnen zu mißfallen. Bitte, erlauben mir, mich zurückzuziehen.“

„D. Sie wollen schon gehen?“ verziehte die Majorin ihr Köpfchen.

„Es ist wohl besser,“ sagte er ernst. „Es war jerr freund- lich von Ihnen, mich einzuladen und ich danke Ihnen jerr vielmal, gnädige Frau, aber ich kann nicht aus Höflichkeit meine Anklagen fassen. Fräulein Lizzi hat mich ja auch ver- standen. Das ist die Hauptsache. — Ich habe die Ehre!“ Er verbeugte sich respektvoll vor ihr, etwas kühler vor dem Pastor, reichte Kathi die Hand und schritt dann etwas zögernd auf Lizzi zu.

Sie kam ihm auf halbem Wege entgegen, hing sich an seinen Arm und sagte laut: „Ich begleite Dich hinaus.“ — Die Thür hatte sich kaum hinter ihnen geschlossen, als die Majorin mit einer energisch fortweisenden Handbewegung ausrief: „Dieser Mensch kommt mir nicht mehr ins Haus.“

Weder Pastor Wortmeister noch Kathi wagten darauf etwas zu sagen, aber Kathi sah mit leise zuckenden Lippen zu dem hohen Manne auf, der jetzt ihre stattliche Größe noch um ein Beträchtliches überragte, als erwartete sie, daß er sich des Veranlassenen annehmen sollte.

Er bemerkte ihren bittenden Blick nicht. Er schien viel- mehr nach dem Gang hinauszuhorchen, und als man nach wenigen Minuten, während deren kein Wort gewechselt wurde, die Entreehür schloß, sagte er leise zur Majorin: „Soll ich nicht einmal hinübergehen und sehen, was unser Rudi macht? Ich fürchte, da ist etwas nicht in Ordnung.“

Sie drückte ihm warm die Hand. „Ja, thun Sie das, lieber Freund. — Wir verstehen uns.“ —

Draußen im Gang fand er Lizzi. Sie stand mit dem Rücken an die Entreehür gelehnt und drückte beide Hände vor ihre Augen.

„Was ist Ihnen, mein liebes Fräulein?“ fragte er in seinem wärmsten Tone. „Weinen Sie doch nicht. Ich glaube, es ist zu Ihren Begegnungen, daß alles so gekommen ist. Wenn

Sie zu mir Vertrauen fassen können, so sprechen Sie sich aus. Vielleicht kann ich Ihnen auf den Weg helfen. Fürchten Sie nicht, daß ich als Geistlicher in Sie zu dringen verjuche; aber als Freund und als Mann, der auch die Welt und das Leben kennt, möchte ich Ihnen zur Seite stehen dürfen.“

Lizzi hatte schon längst die Hände von ihren Augen genommen und blickte ihm halb unmutig, halb verwundert ins Gesicht.

„Ich weiß nicht, was Sie von mir wollen, Herr Pastor. Da schaun S', ich weine gar nicht und einen guten Rat brauch' ich auch nicht. Dank schön.“

Damit machte sie ihm einen schnüßpischen Knix und kehrte in den Saal zurück.

Der Pastor aber fuhr sich über die hohe Stirn und schaute ihr tiefseufzend nach. Dann betrat er Rudi's Zimmer. Er hatte vergessen anzuklopfen und so überraschte er den Sohn des Hauses, wie er, eine Faust auf den Tisch gestemmt, die andere drohend emporgerückt, die Augen rollend dastand und halb laut vor sich hin knirschte. Er konnte sich nicht enthalten, kurz anzulachen und auszurufen: „Aber bester Rudi, was machen Sie denn da? Tragieren Sie den Räuber Moor?“

Rudi würdigte ihn keiner Antwort. Er warf sich auf sein kleines Sofa, stützte den Kopf in die Hände und starrte vor sich hin.

Der Pastor setzte sich zu ihm, legte ihm einen Arm um die Schulter und sprach ihm halb väterlich, halb scherzend zu. Da auf einmal unterbrach der Jüngling seine wohlge- meinten Ermahnungen, indem er kräftig auf den Tisch schlug und ihn herausfordernd anblickte. „Herr Pastor, sagen Sie mir, was würden Sie thun als Mann von Ehre, wenn man Ihre Schwester beleidigt hätte?“

„Was?“

„Nun, Gott sei Dank, ich kenne meine Pflicht!“

(Fortsetzung folgt.)

An einer gesetzlichen Bestimmung, welche den Wählern ein Recht auf Erteilung einer Abschrift der Wählerliste gebe, fehle es aber. Dies kann nicht aus dem Recht auf Einsicht der Liste hergeleitet werden. Auch die Berechtigung zum Abschreiben der Liste läßt sich in Ermangelung einer Gesetzesvorschrift nicht als in dem Rechte auf Einsicht der Liste miteingegriffen ansehen. Ein Ueberlassen der Liste — und ohne ein solches wäre die Herstellung einer förmlichen Abschrift kaum möglich — liegt außerhalb des gesetzlichen Rahmens.

**Einzahlung von Zeitungsgebühren.** Die Einziehung der Gebühren für die durch die Post bezogenen Zeitungen erfolgt jetzt wieder nach der neuen Einrichtung durch die Briefträger. Die Bezahler von Zeitungen werden zu diesem Zwecke in der Zeit vom 15. bis 25. unter Vorlegung von Bestellzetteln, auf denen die bisher bezogenen Zeitungen verzeichnet sind, von den Briefträgern befragt, ob der Weiterbezug der Zeitungen gewünscht wird. Bejahendenfalls erheben die Briefträger die zu zahlenden Zeitungsgebühren und quittieren über den eingezogenen Gesamtbetrag auf den von den Bestellzetteln abzutrennenden und den Bezahler zu behändigenden Quittungsabschnitten. Wird der Bezahler nicht angetroffen, oder ist aus sonstigen Gründen die Einziehung bei der ersten Vorzeigung nicht angängig, so wird die Vorzeigung wiederholt, es sei denn, daß bei der ersten Vorzeigung die Erneuerung der Zeitungsbestellung endgültig abgelehnt worden ist. Zeitungen, die der Bezahler nicht mehr bestellen will, können gestrichen werden. Wünscht ein Bezahler noch andere Zeitungen, so können diese im Bestellzettel nachgetragen werden. Bestellungen auf neue Zeitungen nehmen die Briefträger unter Vorbehalt nachträglicher Prüfung durch die Postanstalt an. Die nicht eingelieferten Bestellzettel werden von den Briefträgern den Bezählern zur etwaigen Erneuerung der Bestellung an Schalter überlassen. Dem Publikum ist auch gestattet, die Einziehung von Zeitungsgebühren bei der Postanstalt schriftlich zu beantragen. Für derartige Bestellungen oder Bestellkarten kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung; sie können in die Briefkasten gelegt oder den Briefträgern mitgegeben werden. Die Einziehung der Zeitungsgebühren erfolgt dann in der vorgeschriebenen Weise. Außerhalb der für die Einziehung oben vorgeschriebenen Zeitdauer ist die Entgegennahme von Zeitungsgebühren durch das Bestellpersonal im Orte nur nach vorgängiger schriftlicher Anmeldung der Bestellung bei der Postanstalt zulässig.

**Die städtischen Steuerlisten** sind zum Zwecke der Aufstellung der Restlisten vom 20. Juni d. J., mittags 1 Uhr, bis einschließlich den 25. Juni d. J. geschlossen.

**Für Rentenempfänger.** Die Bezahler von Alters- und Invalidenrenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. Juli ab die Zahlung nur gegen Einreichung der neuen Quittungsformulare erfolgt.

**Zusammenstellbare Fahrtscheine.** Das reisende Publikum wird jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, daß zusammenstellbare Fahrtscheine, mit denen die Reise am Tage des Schlußes oder später angetreten werden soll, schon jetzt in Bestellung gegeben werden können. Bei dem großen Andrang, der an den Tagen kurz vor Schluß einzutreten pflegt, ist eine möglichst frühzeitige Bestellung nur zu empfehlen.

**Von der Magdeburger Pferdelotterie.** Die geprüften Lotterielisten erscheinen am Freitag nachmittag. Die Ausgabe der Gewinne erfolgt am Sonnabend ab in der Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Vereins, Kaiserstraße 86, von morgens 9—12 und nachmittags 3—5 Uhr. Noch nicht abgeholt sind die Pferde, die auf folgende Losnummern fielen: 16 629, 25 501, 40 437, 43 548, 51 266 und 80 035. Auch der Inhaber des 4. Hauptgewinnes, der auf Nr. 24 337 fiel, hat sich noch nicht gemeldet. Vielleicht ist einer unserer Leser der Glückliche?

**Kindesmord.** In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde das Dienstmädchen S., das bei einer Herrschaft in der Turmischanzstraße 2 in der Friedrichsstadt diente, verhaftet und zwecks Untersuchung nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht. Das Mädchen steht im Verdacht, ihr heimlich geborenes Kind ins Klosett geworfen zu haben. Die eingeleitete Untersuchung wird das weitere ergeben.

**Vom Schläge getroffen** und sofort verstorben ist am Mittwoch vormittag ein Infanterist der hiesigen Garnison bei einer Feldübungsübung in der Nähe von Prester. Die Leiche wurde nach dem hiesigen Garnison-Lazarett befördert.

**Erhängt** hat sich am Mittwoch abend in den Herrentuganlagen gegenüber der Pflanzstation der 21 jährige Handlungsgehilfe Karl Boffe aus Döberitz. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause des städtischen Krankenhauses gebracht. Das Motiv zur That ist nicht bekannt.

### An unsere Kolporteur!

Wer von unseren Kolporturen noch im Besitz des ersten Heftes von „Helden der Menschheit“ ist, den er suchen wir um sofortige Zustellung desselben.

Die Buchhandlung Volkstimme.

### Provinz und Umgegend.

**Kz. Fernerleben, 17. Juni.** (Die Schule im Dienste des Kriegervereins.) Der hiesige Rektor wurde seiner Zeit angestellt, weil früher insolge der nur durch den Herrn Pastor ausgeübten Schulkontrolle bei gewissen Gelegenheiten, z. B. bei Jagden, beim Mühenverziehen, beim Kartoffelroden usw. die Schulen geschlossen wurden. Daß sich unter dem Rektor dergleichen wiederholen könnte, hielt man für völlig ausgeschlossen. Anlässlich des Kriegervereinstages wurden aber am Montag sämtliche Schulkinder

beantragt, sich um 9 Uhr morgens auf dem Schulkhofe zu versammeln. Als aber das Lokal der Witwe Laujch der Arbeiterschaft zur Verfügung stand, wurde den Kindern verboten, dieses Lokal zu besuchen, sobald ein Arbeiterfest öffentlich angekündigt war. Kriegerfeste müssen die Kinder also mitmachen, Arbeiterfeste dürfen sie nicht besuchen. Wir meinen, daß ein solches Verhalten das Prinzip von der Gleichberechtigung der Staatsbürger wieder einmal als eine konventionelle Lüge charakterisiert.

**II. Braunschweig, 18. Juni.** (Stand des Fensterputzerstreiks.) Die Arbeiter der Firma Martinus u. Co. legten Dienstag früh 6 Uhr sämtlich die Arbeit nieder. — Es ist der Firma, die alle Vergleichsverhandlungen mit ihren Arbeitern abgelehnt hat, nicht gelungen, geeignete Arbeitskräfte zu bekommen, weil kein Fensterputzer für 12 Mark arbeiten will. Auch die Polizei hat sich bereits bemerkbar gemacht, aber die Fensterputzer sorgen durch ruhiges, besonnenes Verhalten, daß die Polizei nicht nötig hat, einzuschreiten. Am Morgen des 18. Juni haben sich sechs Arbeitswillige gefunden. Sämtliche Leute arbeiteten heute unter Polizeiaufsicht. Zugang ist fernzuhalten.

**Braunschweig, 18. Juni.** (Zimmererstreik.) Außer den Circusarbeiten, die nach fachkundiger Untersuchung einen viel größeren Kostenaufwand verursachen, als bei Annahme der von der Arbeiterschaft gestellten Bedingungen, ruht die Arbeit wie bisher. Eine von 200 streikenden Zimmerern besuchte Versammlung, die gestern tagte, beschloß einmütig, den Streik in der bisherigen Weise weiterzuführen. Wir sind überzeugt, daß sich künftig keine Arbeitswilligen finden werden.

**Dessau, 18. Juni.** (Rabattwesen.) Die hiesige Bäckerinnung erklärte am letzten Sonnabend in einer Annonce im „Staatsanzeiger“, die sich mit den Rabattparvereinen befaßt:

Durch das Markensystem der obigen Vereine und das Eintrittsgeld eines dieser Vereine entstehen bedeutende Mehrkosten, und in unserer Vorversammlung am 9. d. M. wurde durch Beweise festgestellt, daß diese Mehrkosten durch Herstellung kleineren Gebäcks gedeckt werden. Das tausende Publikum hat also nur scheinbar Ersparnisse, in Wirklichkeit trägt es also diese Mehrkosten selbst.

So also sprechen die Interessenten, die organisierten Vertretungen der Geschäftsleute. Sie geben ehlich zu, daß das Rabattmarkensystem im Grunde absolut nichts tauge. Nur die Magdeburger Magistratsmitglieder und die bürgerlichen Stadtverordneten halten eine Einrichtung für nützlich, welche die Dessauer Bäckerinnung so treffend brandmarkt.

**a. Halberstadt, 19. Juni.** (Unser Genosse Hurlmann) ist soeben aus der Haft entlassen. Die Denunziation gab keinen Anlaß zur Inhaftbehaltung. Das Verfahren wird — wie wir bestimmt annehmen — jedenfalls Hurlmanns Unschuld herausstellen.

**Halle a. S., 18. Juni.** (Die Bauarbeiter) beschlossen am Dienstag, den Streik nur bei denjenigen Unternehmern aufzuheben, welche sich schriftlich verpflichten, den geforderten Lohn zu zahlen. Zwölf Unternehmer haben bis jetzt die verlangte Unterschrift gegeben.

**Quedlinburg, 18. Juni.** (Eine Parteiverjammung) findet hier am Sonnabend, den 21. Juni, statt. Auf der Tagesordnung steht außer der Wahl eines Kolporteurs die Vorbesprechung zu unserem Volksfeste. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Parteigenossen und Genossinnen notwendig.

**Stassfurt, 18. Juni.** (Neue Kalifelder in Mansfeld.) Der Schutzgemeinschaft des Kalihubdats ist vom Oberbergamt Halle das Bergwerkseigentum in einem weiteren Felde von 1 446 677 Quadratmeter im Mansfelder Seekreise verliehen zur Gewinnung von Steinsalz nebst den mit demselben auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen. Das Feld ist in der Gemarkung Seeburg belegen.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die drei größten Parzer Eisenwerke (Eisenhüttenwerk Thale zu Thale, Mathildenhütte zu Harzburg und Parzer Werke zu Rübeland und Jorke) werden für das laufende Geschäftsjahr wahrscheinlich keine Dividende zur Verteilung bringen. Die Aktionäre haben in den letzten Jahren genug aufgeschmeißt, aber die Arbeiter haben unter der Arbeitslosigkeit schwer zu leiden. — In der Kleinkinderbewahranstalt in Osterwieck ist die Mittagspause, während der die Kinder nicht in der Anstalt sein dürfen, auf 1½ bis 1 Uhr festgesetzt. — Auf der Fahrt von Glinde nach Bismulleke fing am Freitag der Wagen zweier Fleischermeister aus Warby deart Feuer, daß eine darin befindliche Färberei erhebliche Brandwunden davontrug. — Vom Baugewerk abgesehen ist in Neuhalldensleben am Dienstag nachmittag der Maurer Heimecke aus Süplingen auf dem Neubau des Schulhauses Grundstücks auf der Mäsch. Der Verunglückte erlitt hierbei einen Beinbruch. — Einen Rippenbruch und eine Quetschung der Leber zog sich am Dienstag abend der Dreher R. in Neuhalldensleben durch einen unglücklichen Fall zu. Mitglieder der Sanitätskolonne schafften ihn vom alten Kirchhof aus mittels Krankenwagen in seine Wohnung. — In Halberstadt ist ein Gefangener, der Schuhmacher Max Nsteben, welcher am Mittwoch vormittag nach dem Landgericht transportiert werden sollte, dem Wärter entwichen. Der Mann rannte die Burgtreppe hinunter nach der Göttenstraße zu. — In einem der städtischen vom Baunternehmer Weber in Jfenburg gepachteten Steinbrüche verunglückte am Montag mittag der Steinhauer Ernst Bley und starb sofort. — In Siendal ist seit einigen Tagen der Schießstand des Schützenhauses polizeilich geschlossen worden, weil angeblich eine verirrte Kugel in dem hinter dem Ziele gelegenen Stadteil bemerkt worden sei. — Die alte Volkshütte des Brautbrotstehens ist in Harzleben noch im Schwange. Neulich wurde dort eine Hochzeit gefeiert und der Brautvater verkündete, er würde selbst Wache halten. Dieses war natürlich für die jungen Mädchen ein besonderer Anreiz, sich der Betriechen zu bemächtigen. Der Wache haltende Brautvater, der natürlich an der Hochzeitfeier teilgenommen, schloß auf einem anderen Besie ein und den Mädchen gelang es, nachdem sie eine Fensterscheibe eingeschlagen, sich der meisten Betriechen zu bemächtigen. — Aus unbekanntem Grund war am Dienstag ein in Quedlinburg spazieren gehender Herr das Jadedt auf offener Straße in Brand geraten. — In Schneidlingen faste am Montag ein 6jähriger Knabe eine Senfe an, die auf

seinem Wagen lag und schnitt sich den Daumen der linken Hand fast vollständig ab. Da der Knochen durchschnitten war, mußte das Glied abgenommen werden. — In der am 14. Juni in Ggeln in der Wobe aufgefundenen weiblichen Leiche ist die 20jährige Dienstmagd Gertrude Knode von Coßfeld ermittelt worden. — In der Werkstatt einer chemischen Fabrik in Leopoldshall erlitt am Mittwoch der Schlosser Schmiedede dadurch einen Unfall, daß er mit dem Daumen der rechten Hand in eine Drehbank gerieth, wodurch ihm derselbe abgerissen wurde. — Der Schwiegerjohn des verstorbenen Weichenstellers Biemann in Schönbeck wurde am Friedhof verhaftet, weil er mit einem Fleischerstampeisen bewaffnet von der Erbin, der Witwe, Geld verlangt hatte und sich nachher am Friedhof wütend aufgestellt hatte. — In Schönbeck wurde am Dienstag ein Wagen voll gestohlener Sachen, aus den jüngsten Diebstählen von der Kaiser-Brauerei herrührend, nach dem Rathause geschickt. Der Hauptplübebe wohnt auf der Wilhelmstraße. — Nach der aufgedeckten Grube des vor über hundert Jahren verstorbenen Bürgermeisters Lehmann in Döberitzleben pilgerten in den letzten Tagen zahlreiche Menschen, um die interessante Grabstätte in Augenschein zu nehmen. — In Quedlinburg ist seit Dienstag mit dem Einbau der elektrischen Feuerleiter begonnen worden. — Die Ausschachtungsarbeiten an dem Realshulbau in Quedlinburg schreiten rüstig vorwärts. Man ist jetzt dabei, die alte Sandsteinmauer niederzuliegen und hierfür einen Baugang zu stellen. — Mit der Inzuffallion des Elektrizitätswerkes ist in Quedlinburg seit dieser Woche begonnen und haben die Arbeiten zuerst im Rathause ihren Anfang genommen.

### Vermischte Nachrichten.

\* **Eine Brunnen-Affaire** wie in Elberfeld droht sich in St. Johann an der Saar zu entspinnen. Ein reicher Bürger, der inzwischen gestorben ist, spendete der Stadt eine Summe von 20 000 Mark zur Errichtung eines monumentalen Brunnens. Dieser Brunnen steht jetzt auf dem Rathausplatz zwischen dem neuen Rathaus und der evangelischen Johanniskirche. Anstoß erregt, wie der Rhein-Westfälischen Zeitung geschrieben wird, die Brunnenfigur, die einen vollständig nackten Griechen darstellt, den Sohn Dhyssens, den jagenhaften Telemachos. Die hiesige Merikale Presse läßt schon Sturm gegen den „nackten Kerl“ und empfiehlt allen Eltern, ihre Kinder dem Rathausplatz fernzuhalten, so lange „die skandalöse Figur“ nicht entfernt ist. Die Angelegenheit wird auch noch das Stadtverordnetenkollegium beschäftigen. Arme Kunst!

\* **Coquelin und Vandervilt.** Als Coquelin, der bekannte französische Schauspieler, auf seiner Gastreise nach Konstantinopel kam, landete auch der amerikanische Milliardär Vandervilt auf seinen Kreuz- und Querfahrten im Mitteländischen Meere am Goldenen Horn. Er ließ Coquelin bitten, ihn auf seinem Schiffe zu besuchen, und der französische Künstler erfreute ihn mit einigen Vorträgen. Später beglückwünschte Vandervilt Coquelin und sagte zu ihm: „Ihr Vortrag hat mich sehrmal weinen machen und mich zwölfmal zum Lachen gebracht. Ich schätze jede mir von Ihnen entlockte Thräne auf 100 Dollar und jedes Lachen auf 200; somit schulde ich Ihnen 3000 Dollar.“ Und der amerikanische Krösus überreichte Coquelin 15 000 Frank.

\* **Die amerikanischen Universitäten** haben in der letzten Woche wieder recht hübsche Summen durch reiche Privatleute erhalten. Der Wesleyan-Universität ist von einem ungenannten Gönner zum Bau eines neuen Gebäudes für Naturwissenschaft eine Summe von 300 000 Mark überwiesen worden. Die Universität von Kalifornien hat etwa 350 000 Mark durch mehrere Spenden empfangen und eine Hochschule in Philadelphia ist von einem Millionär mit einer Summe von 400 000 Mark beschenkt worden unter der Voraussetzung, daß durch Sammlungen außerdem 2½ Millionen aufgebracht werden würden, wovon fast die Hälfte sofort gezeichnet worden ist.

\* **In einem Frauenkloster** bei Laiffac (Aveyron), wo verwaiste Mädchen erzogen werden, giebt es eine Nonne, die wähnt, sie sei vom Teufel besessen. Während der Krisen, die immer häufiger werden, stößt sie ein entsetzliches Geschrei aus, das man weithin hört. Sie behauptet dann, der Teufel beiße oder brenne sie an verschiedenen Stellen ihres Körpers, und die Antojuggestion geht so weit, daß nach den Anfällen Brandmale oder Zahnpuren an den bezeichneten Stellen sichtbar sind. Die Schwester Saint-Fluret empfindet Abscheu vor allen Kultgegenständen; der Publik eines Kreuzifixes, eines Gebetbuches, eines Heiligenbildes, ja nicht bloß der Publik, sondern die Nachbarschaft solcher Gegenstände, die sie errät, verjetzt sie in einen Zustand der Raserei. In solchen Augenblicken sucht sich alles um sie her zu zerstören. Kürzlich erhielt sie den Besuch eines jungen Verwandten, der eben die Priesterweihe empfangen hatte. Sie drehte ihm den Rücken und als er eine Aufklärung von ihr haben wollte, fiel sie über ihn her und wollte ihm unter Schmähungen die Augen auskratzen.

\* **Ein Humbert-Museum.** Ein reicher Bürger der Neuen Welt hatte den echt amerikanischen Einfall, alle Gegenstände zu sammeln, die mehr oder weniger mit der Familie Humbert in Zusammenhang stehen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Humbert-Museum in Amerika einen Riesenerfolg haben wird. Der originale Sammler hat sich schon um schweres Gold ein Autograph der berühmtesten Dame Humbert verschafft.

### Kleine Chronik.

Die Mörderin ihres Gatten.

Vor dem Schwurgericht zu Gbing begann am Mittwoch die Verhandlung gegen die Witwe des Drechslermeisters Grabowski aus Rosenberg, die beschuldigt wird, ihren Ehemann vergiftet zu haben, und gegen den früheren Lehrer Hoffmann wegen Anstiftung zum Mord. Frau Grabowski gestand bei ihrer Vernehmung unter Thränen ihre Schuld. Sie habe Chromsäure in Glühwein geschüttet und den tobbringenden Trank ihrem Manne gereicht; zu der That sei sie von dem Mitangeklagten Hoffmann bestimmt worden.

„Macht der Finsternis“.

Ein entsetzlicher Mord wird von der russischen Grenze berichtet. Die Bauergutsbesitzerfrau Majewski, die ein Ver-

hättnis mit ihrem Nachbar Schymanski unterhielt, tötete ihren Gatten in wahrhaft bestialischer Weise, indem sie den Schlafenden mit einem Beilhieb enthauptete, den Leichnam zerstückelte und die in Mehl gefüllten Teile auf dem Boden in einer Kiste verbarg, um sie nach und nach zu verbrennen. Ein Sohn zeigte die Mörderin an. —

### Zur Humbert-Affaire.

Baroche, der frühere General-Resident von Madagaskar, erzählt, daß eine von den Humberts veranstaltete Vred-Campagne seine Abberufung bewirkt habe. Baroche hätte sich geweigert, Herrn Dornain d'Arignac Grund und Boden im Werte von zwanzig Millionen Frank auf Kredit zu geben, und zwar trotz großer Empfehlungen, welche d'Arignac nach Madagaskar mitgebracht habe. Unter den Empfehlungen hätten sich auch Briefe der Deputierten de Mahy und Florens befunden. — Die jetzt mit einem Herzog verheiratete Witwe des ehemaligen Pariser Polizeipräsidenten Gamaesca gehörte zu den Hausfreunden der Humberts. Die Dame erzählt, sie selbst habe, obgleich aus Befehlen gewöhnt, sich der Mme. Humbert bei jedem Anlasse unterordnen müssen. Als bezeichnenden Zug für das böse Gewissen der genialen Betrügerin hebt die Erzählerin hervor, daß Frau Humbert alle möglichen Listen aufwandte, damit nicht zwei ihrer Gäste zugleich das Haus verließen; einen von ihnen wußte sie immer auf der Treppe zurückzuhalten. —

**Kleine Tageschronik.** Bei dem Brande einer Briefabrik in der Nähe von Gießen wurden drei Personen getötet, mehrere schwer verletzt. — Mittwoch nacht brannte das große Dampf-Sägewerk der Firma Seibt und Gottwaldt in Schadevalde vollständig nieder. — In München-Gladbach wurde der Stadtschreiber Schmidt, Vorsteher des städtischen Invaliden-Versicherungsamtes, wegen Unterschlagungen im Amte verhaftet. — Auf der Meise in Hamburg kenterte ein mit vier Personen besetztes Boot; der 20jährige Arbeiter Burmeister und der 23jährige Wilhelm Behr ertranken. — Der Zweigverein der russischen geographischen Gesellschaft zu Kiachta entbande eine Expedition nach der westlichen Mongolei zur Erforschung des Sees Kossogol. Die Expedition kehrt Mitte August zurück. — Bei Baiz wütete seit Montag abend auf der Naphthasundstätte in Bibi-Cibat ein Brand; 16 Bohrtürme sind niedergebrannt, drei Behälter gesprungen. — Ein im Gouvernement Tiflis belegenes Kloster des h. Antonius wurde von 10 Räubern überfallen, während gerade eine Seelenmesse abgehalten wurde. Die Anwesenden ergriffen die Flucht und die Räuber stahlen das Kirchengeschloß. — In Weizgrad feuerte ein Stallknecht auf den Hofkallmeister Ramulow, der die Entlassung des Mannes aus dem Marzall verfügte, einen Revolver ab und tötete sich darauf selbst. Ramulow wurde am Arm leicht verletzt. — In der spanischen Stadt Abiles wurden bei einem Streit zweier Pilgerzüge zahlreiche Personen durch Schüsse verwundet. — Die aus Moabit enthrungenen Sträflinge Schulte und Kirsch wurden am Mittwoch morgen wieder in Berlin festgenommen. — In Utenburg erschloß sich der 50jährige Großkaufmann Adalbert Reined im Garten seiner Villa. Die Veranlassung zu dem Selbstmord sind angeblich finanzielle Verluste. — Der Dampfer „City of Perth“, an dessen Bord auf der Meise von Düntzchen mehrere Bestfälle vorgekommen sind, erhielt den Befehl, nach London in See zu gehen. Das Schiff hat den Hafen von Düntzchen verlassen. — In Ungion in Griechenland wurde der Sohn eines reichen Kaufmanns von Räubern gefangen genommen, die ihn erst nur gegen ein Lösegeld von 100 000 Frank freilassen wollten. Indes gelang es dem jungen Mann zu entkommen. — Infolge dauernden Regenmangels wackelt man in Indien eine Zunahme der Hungersnot. —

## Gerichts-Zeitung.

### Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. Juni 1902.

**Kuppeler.** In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen 1. den Gastwirt Karl Weber, 2. dessen Ehefrau, Christiane geb. Scheinhier, Schwertfegerstraße, wegen Kuppeler verhandelt. Der Gerichtshof erkannte auf je 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

**Sittlichkeitsverbrecher.** Der schon öfter vorbestrafte Dachdecker Otto Schmidt hier wurde in nichtöffentlicher Sitzung wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen am 13. Mai d. J. gegen zwei 5 und 6 Jahre alte Mädchen, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

**Fahrlässigkeit.** Der Maschinenführer Ferdinand Steinforth zu Frohe steht im Dienst der hiesigen Firma Ritter, Weichsel u. Rodenbeck, die bei Welsleben eine Kiesgrube besitzt, und fuhr am 27. März mit einer Maschine, die repariert war, Probe vom Anschlußgleis aus auf das Hauptgleis der Strecke Schönebeck-Blumenberg. Steinforth soll aber so unvorsichtsmäßig schnell gefahren sein, daß die Maschine entgleiste und das Gleis teilweise zerstörte. Auf Grund der Verhandlung wurde der Angeklagte der fahrlässigen Gefährdung eines Eisenbahntransportes schuldig befunden und zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. —

### Die Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

In der Verhandlung am Mittwoch teilt der Vorsitzende mit, daß der Angeklagte Exner an Lantienen bezogen habe im Jahre 1895: rund 66 000 Mark, im Jahre 1896: 123 000 Mark, 1897: 157 000 Mark, 1898: 204 000 Mark, 1899: 230 000 Mark, 1900: 165 000 Mark.

Der Angeklagte Dr. Gentsch bezog an Lantienen rund im Jahre 1896: 68 000 Mark, 1897: 88 000 Mark, 1898: 112 000 Mark, 1899: 126 000 Mark, 1900: 101 000 Mark.

Exner sagt aus, er habe von Hause aus kein Vermögen gehabt, nach seiner Rückkehr aus China jedoch 15 000 Mark erworben; durch seine Heirat sei er in den Besitz einer jährlichen, aus Barvermögen und Schiffsanteilen bestehenden Rente von 20 bis 30 000 Mark gelangt. Er habe standesgemäß leben müssen und 60 000 Mark jährlich gebraucht, abgesehen von den Abschreibungen auf seinen Effektenbesitz. Sein gesamtes Vermögen habe er fast ausschließlich in Tochterverleihen des Treberkonzerns und in Aktien solcher Gesellschaften niedergelegt, die von der Leipziger Bank gegründet wurden; es habe zuletzt 300 000 bis 800 000 Mark betragen. Das Vermögen seiner Frau habe aus 200 000 Mark Effekten und 200 000 Mark Geschäftsanteilen bestanden, welche erziehen

Effekten bei der Leipziger Bank deponiert waren. Auffällig erscheint, wie der Vorsitzende erklärt, daß die Abhebung dieses Depots in die Zeit fällt, wo die Leipziger Bank anfing, schlecht zu stehen. Exner widerspricht dem und bestreitet einen ursächlichen Zusammenhang, er habe das Depot in den ersten Monaten 1901 nur deshalb nach England geschafft, um Steuern zu sparen. Der Vorsitzende stellt fest, daß das Verfahren gegen Exner wegen Vermögenshinterziehung nur unterbrochen, aber nicht eingestellt ist.

Gentsch sagt auf eine Anfrage hin aus, daß es allerdings üblich gewesen sei, die Sitzungsprotokolle der Aufsichtsratsitzungen vorzubereiten. Auch Dr. Fiebigler muß zugeben, daß während seiner Amtierung die Protokolle in der Hauptsache vorbereitet worden seien.

Des Weiteren wird die Korrespondenz zwischen Exner und Schmidt verlesen. Exner rät von der Verteilung einer allzu hohen Dividende durch die Trebergesellschaft ab. Er bemängelt die Dispositionen der einzelnen technischen Leitungen und weist ferner auf die außerordentlichen Engagements der Gesellschaft und auf die hohen Barvorschüsse für Schmidt und den Aufsichtsrat seitens der Leipziger Bank hin sowie darauf, daß Mittel zur Verteilung einer Dividende für die Trebergesellschaft nicht zur Verfügung ständen. Er verlangt dabei einen ehrenvollen Rückzug der Trebergesellschaft in Bezug auf die Verteilung einer Dividende, wie der Vorsitzende aus den Protokollen weiter nachweist. Gentsch sei die Höhe des Obligo der Trebergesellschaft Ende 1897 bedenklich vorgekommen, er habe beim Aufsichtsrat angeregt, sich mit der Trebergesellschaft nicht weiter einzulassen. Exner habe nicht genaue Betriebsergebnisse vorgelegt, dies sei nur ein Wunsch, aber kein Beschluß des Aufsichtsrats gewesen; die Beteiligung der Aufsichtsratsmitglieder bestätige dies.

Die Verhandlung berührte weiter die Reise der Aufsichtsräte nach Neheim. Die günstigen Ergebnisse veranlaßten die Bank, mit der Trebergesellschaft „in vorsichtiger Weise“ weiter zu arbeiten. Der Vorsitzende bemerkt, man habe gehört, daß damals der fertige Graphit vorher in die Retorten in Neheim gebracht worden sei.

Sodann wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

## Litterarisches.

**Was soll jeder junge Kaufmann mindestens vom Rechnen verstehen?** An 100 praktischen Beispielen gründlich erläutert und mit 100 direkt an jedes Musterbeispiel sich anschließenden Übungsaufgaben ausgestattet. Von August Bergmann, Reallehrer und Lehrer der Handelswissenschaften an der großherzoglichen Oberrealschule in Karlsruhe, Dozent für Buchführungsweisen an der Technischen Hochschule, hiesiger Leiter der kaufmännischen Lehrgangskurse für hiesige Lehrer. Oktav, gebunden, 275 Mt. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme sowie durch deren angestellte Kolporteur. —

## Bereine und Versammlungen.

### Holzarbeiter.

Am Sonnabend, den 14. Juni, hielt der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Magdeburg) im Bezirk Neustadt eine Versammlung ab. Es wurde dort klargestellt, was die Verwaltung Magdeburg bezwogen hat, die Bezirks-Versammlungen aufzuheben. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, die Bezirks-Versammlungen in den Vorstädten alle Monate stattfinden zu lassen, um der Fluktuation anlässlich der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorzubeugen. Den Tag dieser Versammlungen festzusetzen wurde der Verwaltung überlassen.

Hierauf wurde von mehreren Rednern bedauert, daß die Programme vom Stützungsstand noch nicht ausgegeben sind. Genosse Höhn bedauert, daß die Werkstatt-Delegierten-Sitzungen nicht mehr stattfinden und forderte deren Wiedereinführung.

Die Werkstatt von Dittmann-Neue Neustadt wurde sodann kritisiert, jedoch wurde für die dort vorhandenen Zustände lediglich die Laune der Holzarbeiter selbst verantwortlich gemacht. Daher ermahnte der Vorsitzende die Versammelten zum Schluß, treu zusammenzuhaltten, um den Maßnahmen des Unternehmertums energisch entgegenzutreten zu können. —

### Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter.

Am Dienstag, den 17. d. M., tagte im „Luisenpark“ eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, welche sich in der Hauptsache mit den vom Arbeitgeberverband gemachten Vorschlägen zwecks Aufhebung der Sperre über den Bau Apel beschäftigte. Genosse Klein berichtet im Namen der Siebener-Kommission über die Verhandlung, welche zu diesem Zwecke am 12. Juni ds. Jz. mit der Siebener-Kommission der Arbeitgeber stattgefunden hat und konstatierte, daß der pp. Apel den Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes über die Aufhebung der Sperre falsch unterrichtet hat. So hat der Herr in einem diesbezüglichen Schreiben die Behauptung aufgestellt, die Sperre sei lediglich verhängt worden, weil inorganisierte am Bau arbeiteten. Festgestellt wurde demgegenüber, daß die Sperre nur entstanden sei, weil der pp. Apel den vorjährigen Lohnsatz nicht anerkannt hatte. Die Arbeitgeber machen den Vorschlag, daß diejenigen dort beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, welche vor dem 1. April ds. Jz. unter den vereinbarten Lohnsätzen gearbeitet haben, zum Sonnabend, den 21. ds. Mts., entlassen werden sollen, falls die Sperre bis dahin aufgehoben ist. Zu diesem Zwecke soll der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes Einsicht in die Namenslisten der Lohnisten nehmen und der Siebener-Kommission der Arbeitnehmer die Namen der zu Entlassenden mitteilen. Die Entlassenen dürfen vor dem 31. März 1903 von Apel nicht wieder beschäftigt werden.

In der Diskussion, an welcher sich Dorn, Busch, Mechau, Hahn, Hermann, Heidler und Knobbe beteiligten, wurde hervorgehoben, daß die Sperre nun bereits seit 13 Monaten besteht, Apel aber erst seit einigen Wochen Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes sei. Somit sei die Aufhebung der Sperre nicht Sache des Arbeitgeber-Verbandes, jedoch könne diese durch beiderseitige Verhandlungen beseitigt werden, wenn sämtliche dort Arbeitenden entlassen würden. Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde vom Genossen Schleue bekannt gemacht, daß nach der in der letzten Woche aufgenommenen Lohn-Statistik der tarifmäßige Durchschnittslohn in den Geschäften von K. Fröhlich, Deumeland und Dablow nicht gezahlt wurde und ist dem Arbeitgeberverband hiervon Mitteilung gemacht worden. Redner ermahnte die in Frage kommenden Baudeputierten, zum Sonnabend nochmals Fragebogen auszufüllen, damit festgestellt wird, ob nach dieser Richtung hin Remedur geschaffen ist. Genosse Frech machte noch auf die am 20. d. M. bei Gustav Böhm stattfindende Delegierten-Versammlung der Bauarbeiter aufmerksam und ersucht dafür zu sorgen, daß jeder Bau vertreten ist. —

## Bereins-Kalender.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 Uhr: Bezirk Magdeburg und Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spitzgärtchenstraße 1c. — Kollegen! Infolge des schlechten Besuchs der Bezirksversammlung seitens der Wilhelmstädter Kollegen mußten die

Verammlungen dort seit längerer Zeit ausfallen. Die Verwaltung ersucht daher, für regen Besuch dieser ersten Versammlung besonders zu sorgen. —

**Verband der Fabrik- und Landarbeiter.** Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei H. Bartels, Neue Neustadt, Fabrikstr. 5/6. Erscheinen aller notwendig. —

## Briefkasten.

**Genosse in Burg.** Die moralische Unterstützungspflicht gegen eine arbeitsunfähige Mutter erlischt nie, sofern der zur Unterstützung Verpflichtete leistungsfähig und bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen in der Lage ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts die Unterstützung zu gewähren. —

+ Gehren 3,00. — Im Restaurant „Italia“ für den Wahlfonds 1,00. — Reimarken 1902, 1. Rate 1089,55. — Ein sozialb. Buchdrucker 0,50. —

Für die Familie Schoch gingen ein: Von den Lagerhaltern des Neustädter Konsum-Vereins 20 Mt. — Th. Schleue.

## Briefkasten der Expedition.

H. Fl. Kassel. Die Nr. 104 unserer Zeitung folgt per Kreuzband. Wünschen Sie noch die Zusendung der „Erblichkeitsurkunden“?

## Marktberichte.

**Magdeburg, 18. Juni.** Weizen: Tendenz flau. Inländischer 163—167, ausländischer 170—172. Roggen: Tendenz matt. Inländischer, je nach Stationslage, 146—150, ausländischer 148—150. Hafer: Tendenz schwach. Inländischer 156—163, je nach Lage der Station. Gerste: Futtermware schwach, 132—135. Erbsen: Victoria-Erbsen 185—205. Kleine gelbe 180—195, grüne 180 bis 200. Mais: Tendenz matt, Mixed 132—134, Rindmais 116 bis 119. —

**Magdeburg.** Erbsen (gelbe, zum Kochen) 19,00—24,00, Speisebohnen (weiße) 18,00—36,00. Linsen 18,00—36,00. Eggkaffee 5,50—7,00. Nichtrost 6,50—7,00. Krummstroh 5,50 bis 6,00. Heu 8,00—9,00. Tymochem —. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,96—1,04, von der Keule 1,40—1,60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60. Kalbfleisch 1,30—1,50. Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräuchert) 1,60. Schbutter 2,00—2,50. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,60—3,40. —

## Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Aufstent und Saale.	Fall	Wang
Straußfurt	17. Juni + 1,50	18. Juni + 1,30	0,10 —
Troska	+ 1,90	+ 1,94	— 0,04
Alleben	+ 1,75	+ 1,74	0,01 —
Vermburg	+ 1,35	+ 1,34	0,01 —
Calbe, Oberpegel	+ 1,58	+ 1,58	—
do Unterppegel	+ 0,80	+ 0,86	— 0,06

### Hier, Eger, Moldau.

Jungbunzlau	16. Juni + 0,41	17. Juni + 0,25	0,16 —
Saun	+ 0,18	+ 0,10	0,08 —
Budweis	+ 0,56	+ 0,52	0,04 —
Prag	+ 0,54	+ 0,50	0,04 —

### Mulde.

Deffau	17. Juni + 0,54	18. Juni + 0,40	0,14 —
Muldebrüde			

### Elbe.

Barby	16. Juni + 0,36	17. Juni + 0,20	0,16 —
Brandeb.	+ 0,44	+ 0,36	0,08 —
Melnik	+ 0,05	+ 0,09	— 0,14
Leitmeritz	+ 0,14	+ 0,12	— 0,26
Mühlitz	17. „ + 0,52	18. „ + 0,51	0,01 —
Dresden	+ 1,20	+ 0,92	— 0,28
Torgau	+ 0,70	+ 0,88	— 0,19
Wittenberg	+ 1,51	+ 1,50	0,01 —
Roßlau	+ 0,93	+ 0,90	0,03 —
Barby	+ 1,25	+ 1,24	0,01 —
Schönebeck	+ 0,98	+ 1,04	— 0,00
Magdeburg	18. „ + 1,30	19. „ + 1,26	0,04 —
Zangerhüde	17. „ + 1,82	18. „ + 1,81	0,01 —
Wittenberge	+ 1,56	+ 1,55	0,01 —
Dömitz, Pegel	+ 1,01	+ 1,00	0,04 —
Lauenburg	+ 1,18	+ 1,15	0,03 —

### Havel.

Brandenburg	16. Juni + 2,04	17. Juni + 2,05	— 0,01
do. Unterpegel	+ 1,44	+ 1,44	—
Rathenow	+ 1,40	+ 1,42	— 0,02
do. Unterpegel	+ 1,10	+ 1,09	0,01 —
Havelberg	+ 2,06	+ 2,07	— 0,01

### Oder.

Köfel	16. Juni + 1,97	17. Juni + 2,75	— 1,78
Brieg, Oberpegel	+ 4,48	+ 5,16	— 0,68
do. Unterpegel	+ 1,74	+ 3,16	— 1,42
Breslau Oberpegel	+ 4,80	+ 5,04	— 0,24
do. Unterpegel	+ 1,10	+ 0,78	— 0,32
Frankfurt	15. „ + 0,95	16. „ + 0,05	—
Küstrin	+ 0,62	+ 0,57	0,05 —

### Warthe.

Posen	16. Juni + 0,24	17. Juni + 0,23	0,01 —
Küstrin	+ 0,01	+ 0,03	— 0,02

### Nege.

Utz	15. Juni + 0,42	16. Juni + 0,39	0,03 —
-----	-----------------	-----------------	--------

### Weichsel.

Thorn	15. Juni + 0,70	16. Juni + 0,64	0,06 —
-------	-----------------	-----------------	--------

**Gewerbegerichts-Beisitzer.** Versammlung Freitag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Kl. Klosterstraße 15—16.

## Städtische Arbeitsnachweisstelle Magdeburg

unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße. Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Kostentlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

## Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfbureau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3 1/2—7 1/2 Uhr. Kl. Klosterstr. 15, porterre. Eingang durch den Saal rechts.

dieser Erklärung hat das Ober-Landesgericht Breslau das Urteil des Landgerichts Beuthen bestätigt, und ganz neuerdings ist ein gleicher Vorstoß gegen das Bochumer Sekretariat von unteren Behörden erfolgt. Man weiß nicht, was man zu dieser „Einheitsliste“ im Deutschen Reich sagen soll. Die unteren Organe müssen sich doch nach der Meinung der oberen richten. Die Rechtslage der Sekretariate ist also noch immer keine ganz klare, schon weil Graf Posadowsky die Frage der Gewerkschaften verschiedentlich interpretiert hat. Einmal hat Graf Posadowsky gesagt, die Gewerkschaften müssen mit Gewinn verbunden sein das andere Mal hat er gesagt, ein gewerkschaftliches Unternehmen ist dann vorhanden, wenn es auf die Schaffung eines dauernden Einkommens gerichtet ist. Die zweite Definition ist entsetzlich eng, nur die erste ist richtig. Dauerndes Einkommen können völlig humanitäre Einrichtungen haben, ohne daß von einem Gewinn geredet werden kann. Schwierigkeiten würden die Sekretariate haben, die die Einnahmen dem Sekretär als Gehalt überweisen. Ein Vorstoß der Behörden gegen die Gebührenerhebung würde dazu führen, die Gebührenerhebung aufzuheben und die Unorganisierten von der Staatserteilung auszuschließen. Das würde eine Schädigung des Proletariats bedeuten und große Erbitterung hervorrufen. In Württemberg ist von einer Antipathie gegen die Sekretariate nicht die Rede, hier haben wir bei den Behörden stets das größte Entgegenkommen gefunden. Es sind aber nicht alle Arbeiter-Sekretariate in Württemberg, und dieser Umstand muß in Berücksichtigung gezogen werden. Der Wert der Sekretariate wird zuweilen überschätzt, der Rahmen der Sekretariate manchmal zu weit gesteckt. Zum Beispiel das Münchener Sekretariat hat sich zu große Aufgaben gestellt, wie Erhebungen über Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken usw. Bei der Ausfüllung dieser Aufgaben noch Mandats verbessert werden. Für das Rechtsstudium mangelnde Sekretäre meist die nötige Zeit. Sie sind sehr mit Arbeit überlastet und haben mit mangelhafter Einrichtung der Institute zu rechnen. Zum Teil flohen die Sekretäre auf recht geringes Verständnis bei Erfüllung ihrer Aufgaben. Als ein Sekretär einmal einen Kommentar zur Zivilprozessordnung verlangte, wurde ihm erwidert, mit seinen juristischen Kenntnissen müsse es nicht weit her sein. (Große Heiterkeit.) Leute mit solchen Ansichten, die zum Glück nur vereinzelt vorhanden sind, können einem Sekretär das Leben sauer machen. (Sehr richtig!) Die Sekretariate müssen entlastet werden. Die Frequenz steigt immer mehr. Das Frankfurter Sekretariat hat über 24 000 Personen Auskunft erteilt, von denen über 12 000 nicht organisiert waren. In Frankfurt hat man die Gemeinde schon um eine Subvention gebeten. Die Gemeinde Frankfurt, die für alle anderen Dinge etwas übrig hat, hat für diesen Zweck nichts übrig und das Gesuch abgelehnt. Es fragt sich nun, ob die Unentgeltlichkeit in der bisherigen Weise aufrecht zu erhalten ist. Ich halte den Vorteil der Unentgeltlichkeit für die Organisationen für sehr problematisch. Empfehlenswerter ist die Unentgeltlichkeit da, wo die Kosten keine Rolle spielen; wo das nicht der Fall ist, müssen die Gemeinden um Beiträge erzußt werden. Bleiben diese aus, so müssen Gebühren erhoben werden. Kostenersparnisse können durch Vereinheitlichung der Geschäftsführung erzielt werden. Die Kenntnisse unserer sozialen Gesetzgebung muß den Arbeitern in erschöpftem Maße durch die Presse zugänglich gemacht werden. Das „Correspondenzblatt“ und die Gewerkschaftspressen bieten hierzu das geeignete Mittel. Die Gründung eines Reichs-Arbeitersekretariats liegt im Interesse der Arbeiter-Sekretariate selbst, sie werden durch dasselbe entlastet werden. Die Arbeiter aber können durch das Reichs-Sekretariat Einfluß auf die soziale Gesetzgebung gewinnen. Mit dem Wunsch, daß dieses Ziel erreicht wird, schreibe ich meine Ausführungen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Bömelburg begrüßt die Vertreter der Behörden, den Gewerberat Götzler, den Regierungsrat Schmidt und die Fabrikinspektoren Werner und Hardegg, sowie den Gewerberichter Dr. Sigel mit folgenden Worten: Ich heiße die Herren herzlich willkommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Herren einen guten Eindruck von den Verhandlungen gewinnen und ihren Auftraggebern mitteilen werden, daß die bisher gegen Arbeiter-Mongereisse bei den Behörden in Erscheinung getretene Voreingenommenheit nicht am Platze war. Zu gleicher Zeit bitte ich die Herren, berücksichtigt zu wollen, daß die Frauen und Männer, die hier das Wort nehmen, nicht in früher Jugendzeit auf hohen Schulen vorgebildet worden sind, sondern die schlechtesten Schulen, zum Teil nur Dorfschulen besucht haben. Ich bitte das zu berücksichtigen, wenn Sie einen Unterschied zwischen unseren Verhandlungen und anderen Verhandlungen finden sollten. Ich heiße die Herren nochmals in unserer Mitte willkommen.

(Die Begrüßten erheben sich von ihren Plätzen und verbeugen sich nach dem Bureau zu.)

Simanowski: Berlin referiert hierauf über Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung.

Nedner berichtet über die umfassende Tätigkeit des Berliner Arbeitervertreter-Vereins, der die Wahlen zu allen durch die Sozialgesetzgebung geschaffenen Arbeitervertretungen vorbereitet hat. Die Berliner Organisation sollte überall als Vorbild dienen im Interesse aller versicherten Arbeiter. Er weist eingehend nach, wie notwendig die Vertretung der Gewerkschaften in der Ausübung der durch die sozialpolitische Gesetzgebung gewährleisteten Rechte ist. Zur Erreichung dieses Zieles müsse ein Verband der Arbeitervertreter-Vereine Deutschlands gegründet werden, für den er einen Statuten-Entwurf ausgearbeitet hat. Danach begreift der Verband:

1. Aufklärung und Belehrung unter der Arbeiterschaft zu verbreiten über die durch die Arbeiterversicherungs-Gesetze erworbenen und ihr hieraus zustehenden Rechte und Pflichten, insbesondere unter denjenigen, die bei Ausübung aller in der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung vorfindenden Verboten tätig sind;
2. durch Feststellung von Schäden, Mängeln und Unzulänglichkeiten in den Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzen enthalten

und bei Ausführung derselben zu Tage treten, durch Einbringung gemeinsamer Vorschläge zu deren Beseitigung auf gesetzlichem Wege hinzutreten;

3. den Versicherten, sowie deren Organisationen aus praktischer Erfahrung zur Erlangung ihrer Rechte mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und

4. bei den auf Grund der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung vorzunehmenden Wahlen zu Vertretern von versicherungspflichtigen Personen den Wählern nach Verständigung mit den Gewerkschaften geeignete Kandidaten in Vorschlag zu bringen, die Wahlen im Verein mit den Gewerkschaften oder deren Vertretung (Generalkommission und die Wirksamkeit der gewählten Vertreter zu gewinnen.

a) durch Abhalten regelmäßiger Mitgliederversammlungen und Veranstaltung von geeigneten Vorträgen in den Vereinen; b) durch mündliche Anregungen über gesetzliche Bestimmungen, Besprechungen über Vorgänge, Einrichtung und Leistungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsanstalten; c) durch regelmäßige Berichte über Entscheidungen des Reichs- und der Landesversicherungsämter, sowie der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung;

d) durch Sammlung aller erreichbaren, das Arbeiterversicherungs-wesen behandelnder Publikationsorgane und Zeitschriften, sowie statistisches und anderes Material, welches die Bestrebungen zu einer einheitlichen immer geüblicheren Wirksamkeit sämtlicher Arbeitervertreter und deren Stellvertreter zu unterstützen geeignet sind.

Die Diskussion über die drei Referate wird auf Donnerstag früh vertagt. Mit der Verlesung von Begrüßungs-Telegrammen — eines davon ist unterzeichnet: Die waterlandischen Gesellen von der Uhlenhorst in Hamburg — wird die Sitzung geschlossen.

Berichtigung: Im gestrigen Bericht ist in der Rede von Dins-Essen ein Satz in sein Gegenteil verkehrt worden. Es hat, wie aus dem Sinne der übrigen Ausführungen schon hervorgeht, gesagt: „Wären die Neuzugewandten gegen die Gewerkschaftsbewegung in der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Buchdruckerzeitung“ parteiös, so hätten die Recht, welche behaupten: Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung seien unvereinbare Gegensätze.“

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Juni 1902.

— Die „Neuesten Nachrichten“ und die Bonner Corps. In einer Besprechung über die Bonner Festlichkeiten heißt es in den „Neuesten Nachrichten“ ganz richtig: „Die Bonner Corps gelten für diejenigen, die den höchsten Monatswechsel haben müssen, und manchmal muß wohl der Herr Papa tüchtig in die Tasche greifen, um den Anforderungen zu genügen.“

Merkwürdig ist es bei diesen Studentencorps Vorschriften, daß nur diejenigen Aufnahme finden, die an jedem Monatsersten mit einigen Hundert von ihres Vaters harten Thälern, klumpen können. Nur wer viel Geld hat, ist würdig, in die vornehmen Verbindungen aufgenommen zu werden.

Die „Neuesten Nachrichten“ behaupten des ferneren, jeder Vater würde doch wohl mit Vergnügen das gewünschte Geld zahlen, denn „er weiß, daß das Corps seinen Sohn zu einem ehrenhaften, weltgewandten Menschen heranbildet, der auch äußerlich zu repräsentieren weiß und dessen guter Ton und ruhige Sicherheit ihm von großem Nutzen auf seiner künftigen Laufbahn sein werden.“

Die „Neuesten“ wissen natürlich so gut wie wir, daß weder die „Ehrenhaftigkeit“, noch die „Weltgewandtheit“, noch der „gute Ton“, noch die „ruhige Sicherheit“ den Ungehörigen der Corps die „künftige Laufbahn“ sichern, sondern in einigen Fällen das Können, in den meisten Fällen — die Protektion. Vielleicht nehmen aber die „Neuesten“ an, daß, wer das meiste Geld hat, dadurch allein schon so viel Verstand besitzt, um zu den höchsten Ämtern im Staate berufen zu sein.

— **Fabrikbrand.** Heute mittag gegen 12 Uhr war in der Kesselschmiede der Maschinenfabrik Budau Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr ließ verschiedene Holzteile aus dem Mauerwerk herausnehmen und war erst dann in der Lage, mit Hilfe der kleinen Feuerspritze den Brand zu löschen.

— **Ein Wasserrohr geplatzt** ist heute gegen 12 Uhr mittags in der Bernburgerstraße 12. Von der Feuerwehr Budau wurden die Hausleitungen in der betr. Straße abgestellt.

### Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Debeschen-Bureau.)

Amsterdam, 19. Juni. Dewet hat den Bewohnern von Schierstein (Bez. Wiesbaden), wo ein Denkmal für ihn

errichtet ist, mitgeteilt, daß er einige Zeit dort zu verweilen gedenke.

### Ein Exminister, der zur Revolution auffordert.

Valencia, 19. Juni. Canalejas erklärte gestern in einer Versammlung, daß man zur Revolution greifen müsse, falls legale Mittel nicht genügen. Canalejas wird sich nach Barcelona begeben, um dort sowie in verschiedenen anderen Städten seine Agitation gegen die Regierung fortzusetzen.

### Johannesburg, 19. Juni. Lord Ritzener ist gestern hier eingetroffen, um sich von den Truppen zu verabschieden. Bei dieser Gelegenheit wurden ihm von den Soldaten große Ovationen bereitet.

### Zum Operettenkrieg in Venezuela.

New-York, 19. Juni. Aus Wilhelmstadt wird berichtet: Infolge der Einnahme von Bal-de-Coro durch die revolutionären Truppen sind die Regierungstruppen nach Ciudad del Bolivar marschiert. Der Gouverneur Sarria hat sich mit seinen Anhängern nach Des Tablas zurückgezogen, wohin General Castro 600 Mann Verstärkung geschickt hat, mit dem Auftrage dort die Ruhe wieder herzustellen. Ein englisches Kriegsschiff ist in der Nähe der Stadt stationiert. Ein französisches Kriegsschiff liegt im Hafen von Karupano und ein holländisches in La Guayra.

### Auslandsnachrichten.

Frankfurt, 19. Juni. Aus New-York meldet die „Stutt. Btg.“: Die vereinigten Grubenarbeiter des amerikanischen Kohlengebietes haben eine allgemeine Tagung aller Kohlenarbeiter Amerikas ein und dürften der Generalkonferenz auch im Weichholengebiet proklamiert werden. Dieser Ausstand wird alle Industrien schwer schädigen, da schon jetzt der Kohlenmangel sehr empfindlich ist. In Paterson erregten die Streikenden der Seidenfabriken Unruhe; sie schossen auf die Polizei und verletzten verschiedene Personen. Eine Frau wurde getötet und viele Leute schwer verwundet.

Zürich, 19. Juni. Der Rechtsanwalt Barischer stürzte vom Pflaster ab und wurde schwer verletzt in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Berlin, 19. Juni. Nach einem Telegramm der „Berliner Morgenpost“ aus Valla über Moskau ist Graf Leo Tolstoi jetzt völlig wieder hergestellt. Er wird in den nächsten Tagen auf sein Gut Jasnaja Poljana überfiedeln. Die Ärzte haben ihm eine Kur verordnet, die er während des Sommers auf seinem Gute gebrauchen wird.

Madrid, 19. Juni. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde in Cartagena ein Erdbeben verspürt, welches jedoch keinen Schaden verursachte.

Frankfurt, 19. Juni. Ein Jurist, der mit einem Revolver bewaffnet war, wurde im Weißen Hause verhaftet.

### Vom Gewerkschafts-Kongress.

o. v. Stuttgart, 19. Juni. (Privattelegramm der „Volksstimme“.) Der Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats wurde in der heutigen Vormittagssitzung angenommen. Ferner wurde dem Antrage, die Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen, zugestimmt. Beide Beschlüsse erfolgten mit großer Mehrheit.

London, 19. Juni. (Eig. Draht.) Aus Pretoria wird gemeldet, daß 45 Personen — darunter die meisten Bureauführer — an dem Komplott beteiligt waren, welches darauf ausging, am 17. Mai in Pretoria das Haus Ritzeners in die Luft zu sprengen. Die Minen waren bereits bis auf eine Entfernung von nur sechs Metern fertig gestellt.

Sille, 19. Juni. (Eig. Draht.) Die Blätter beklagen es, daß 2000 Sack Salpeter, die mit dem Dampfer „City of Perth“ hier angekommen sind, an eine hiesige Firma abgeliefert wurden. Man befürchtet eine Infektion der Stadt.

Charleroi, 19. Juni. (Eig. Draht.) Das Kohlenbergwerk Marinelle hat beschlossen, den Betrieb in drei Gruben am 15. Juli einzustellen.

Paris, 19. Juni. (Eig. Draht.) Aus Roche-sur-Yonne wird gemeldet, daß aus der dortigen Filiale der Bank von Frankreich über Nacht 250 000 Frank in Gold gestohlen seien. Von den Dieben, welche durch den Keller eingestiegen sind, fehlt jede Spur.

**Die aus der Schlesinger'schen Konkursmasse**

herrlichenden Waren, welche bekanntlich aus besten Stoffen gearbeitet sind

1. fertige Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe
2. Stoffe zur Maßanfertigung
3. Hüte, Mützen, Krawatten, Unterzeuge usw.

Kommen nebst anderen Waren

**zu staunend billigen Preisen**

in Budau

werktäglich von 8-1 Uhr und 3-9 Uhr, Sonntags von 7-9 Uhr und 3474 11-2 Uhr zum Verkauf.

Den billigsten Schaumwein liefern unsere vorzüglichen

**Brause-Simonade-Bonbons**

zu 2 und 5 Pfennig

**Meischner & Zierenberg Nachf.**

Grosse Junkerstrasse 1 Ecke der Berlinerstrasse 3470

# Neu eingetroffen!

Sie hatte Gelegenheit, **Große Restposten** der neuesten Damen-Blusenstoffe in Wolle, Zephyr und Waschseide, einfache und doppelte Breite, an mich zu bringen und gelangen diese, soweit Vorrat

**Heute Freitag, den 20., u. Sonnabend, den 21. d. M.**

in Rest-Bängen von 2-3 1/2 Mtr. zum Verkauf.  
**Serie I Waschseidenstoffe** prächtige neue Muster, per ganzen Rest (für Damen-Bluse ausreichend) ohne Rücksicht auf Qualität à M. 1.50, 1.80 bis 2.20.

**Serie II u. III Zephyr- u. Wollstoffe** hell und dunkel gehalten, per ganzen Rest, ohne Rücksicht auf Qualität, à M. 1.00 u. 1.20 abgegeben. Ferner gelangen zum Verkauf:

**Große Rest-Posten** 10 Mtr. Länge **Waimwoll-Crease**, beste Qualität - Ersatz für Leinen, per Coupon = 10 Mtr., soweit Vorrat M. 3.30.

**Große Gelegenheitsposten** weiße **Damen-Taschentücher**, extra feinfädige Qualität, ohne jede Appretur, werden, soweit Vorrat, 1/2 Duzend à 1 M. abgegeben.

# Isidor Gabbe

9/10 Breiteweg 9/10

Verkaufsräume 1 Treppe hoch gegenüber der Leiterstraße.

# Aschersleben! Rostschlächterei

mit elektr. Betrieb. Täglich frisch geschlachtete Rostschwarzen sowie ein ff. Glas Bier. Gleichzeitig mache ich auf mein durch elektr. Kraft getriebenes Orchesterion neuester Konstruktion aufmerksam. 3317 Hochachtungsvoll

**A. Engers, Hopfenmarkt 14**  
 Filiale Oberstraße 47.  
 Telefon-Anschluss Nr. 483.

**Halberstadt.**  
 Einen großen Posten hoch-eleganter

**Schuhwaren** zu allerbilligsten Preisen.  
**Danneberg**  
 3465 Göddenstr. 2.

**Für Brautleute**  
 ff. Nußbaum-Wirtschaft ganz billig Sühneburgerstr. 22, r. part.

Kanarienhähne u. Weibchen kaufen fortwährend zum höchsten Preis  
**J. Tischler, Amast. 25.**

# Für den Sommer Stoffhosen

ganz neue Muster à 3.50, 4.50, 5.25. 3352

**Wasch-Westen!**  
**Piqué-Westen!**  
**Tücher- u. Alpaca-Jackets.**

# G. Gehse

**Johannisstraße Nr. 14**  
 neben dem Wilhelm-Theater

Empfehle täglich Leberwurst auf Eis, sowie Fleisch und Wurst zu bekannten Preisen, harte Bratwurst mit Kümmel, Senf und Knoblauch, sowie Schmalzwurst und Salami, reines hiesiges Schweinefleisch in bekannter Güte nur 80 Pfg. Für Händler bedeutende Preisermäßigung.  
**Brüggemann, Fürstenstr. 18.**

**Briefkassetten** von 50 Pf. an empfiehlt die  
**Buchhandlung Volksstimme.**

männ Robert Wilhelm Braune mit Dorothea Friederike Delze in Neuhaldensleben.

**Eheschließung:** Inspektionsbeamter, Oberleutnant a. D., Walter Köhnmann in Stuttgart mit Gertrud Zinnow in Leipzig.

**Geburten:** Eitel, S. des Bierstücker August Domhardt, Mag. S. des Eisenbrecher Mag. Dufcha, Friedrich, S. des Malers u. Lehrers an der Kunstgewerbe- u. Handwerker-Schule Emil Thiele, Werner, S. des Hauptmanns und Kompanie-Chefs im Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 4 Berthold Kiple, Wilhelm, S. des Handelsm. Gustav Schubert, Heinrich, S. des Dekorationsmal. Jakob Engert, Helene, T. des Schriftf. Friedrich Weber.

**Todesfälle:** Otto Gutknecht, Privatmann, 66 J. 9 M. 2 T. Bruno, S. des Sattlers Eduard Fehsel, 6 J. 3 M. 18 T. Witwe Friederike Hans geb. Wulfschew, 74 J. 7 M. Otto Schmidt, Friseur, 21 J. 9 M. 24 T. Friedrich Ladebeck, Schmied aus Staßfurt, 22 J. 2 M. 16 T.

**Endenburg, 18. Juni.**  
**Geburten:** Albert, S. des Maschin. Friedr. Köhling, Rudolf, S. des Arbeiters Karl Willigt.

**Todesfälle:** Erna, T. des Arbeiters Heinrich Brüning, 1 J. 1 M. 29 T. Karl, S. des Tischlers Paul Pfeiffer, 4 J. 11 M. 1 T.

**Buckau, 18. Juni.**  
**Geburten:** Helene, T. des Kaufmanns Karl Krieg, Frieda, T. des Arbeiters Friedrich Schredde.

**Todesfälle:** Agnes geb. Wehge, Ehefrau des Schmieds Karl Meyer, 23 J. 1 M. 14 T.

**Neustadt, 18. Juni.**  
**Aufgebote:** Büstenmacher Georg Heinrich Rudolf Unger mit Anna Minna Schmidt.

**Geburten:** Karl, S. des Porzellandrud. Heinrich Rudolph, Antonie, T. des Arbeiters Hermann Rogler, Martha, T. des Bergold. Karl Siebach, Otto, S. des Straßenbahn-Schaffners Otto Wädge, Otto, S. des Arbeiters Friedrich Diehner, Richard, S. des Bauarbeiters Karl Buchmann.

**Todesfälle:** Vierjahr. Gust. Ulrich, 45 J. 3 M. 21 T. Erna, T. des Maurers Gustav Kästner, 6 M. 12 T. Witwe des Stellmachers meisters Friedrich Marwan, Christiane geb. Jilppner, 78 J. 6 M. 11 T. Elisabeth, T. des Restaurateurs Karl Jacobs, 9 T.

**Aschersleben.**  
**Geburten:** S. des Installat. Hugo Ehardt, S. des Bergarbeit. Paul Jander, S. des Arb. Gustav Höttger, T. des Maurers Wilhelm Falke, T. des Müllers Paul Auge.

**Todesfälle:** Richard, S. des Arbeiters Hermann Schulz, 1 J. 8 T.

**Ostertwick.**  
**Aufgebote:** Lehrer Karl Alfred Behold in Ostertwick mit Antonie Rosalie Emma Meyer in Hohenbergmann Friedr. Karl Kästner mit Dienstmagd Johanne Auguste Früh-auf in Hohenhausen. Ergantz Dietrich Adolf Hinrichs in Wilhelmshaven mit Hausd. Luise Martha Heydecke in Ostertwick. Landbriefführer Wilhelm Heinrich Jordan in Ostertwick mit Köchin Dorothée Ebeling in Stöterlingen.

**Eheschließungen:** Buchhalt. Paul Böhm in Koblenz mit Helene Behrens in Osterwick. Bergarbeiter Hermann Gebbert mit Wilhelmine Wöhlhüter in Osterwick.

**Geburten:** S. des Werkführ. Gustav Bod. S. des Maschinenf. Hermann Meier, T. unehel. T. des Kaufmanns Friedrich Jagbauer, S. unehel. T. des Lehrers Otto Mars, T. des Arbeiters Paul Lubwig, T. des Arbeiters Hermann Koch, S. des Handschuhmach. Friedr. Höfner, T. des Lederfabrers Friedr. Stader, S. des Gerichtsanzlisten Franz Czertarra.

**Todesfälle:** Rentner Gustav Duve, 77 J. Helene, T. des Lederballeurs Gottfried Engelmann, 5 M. 19 T. Arbeiter Ludwig Wug, 50 J.

**Schönebeck.**  
**Aufgebote:** Lehrer Paul Scher-nikau mit Helene Berke.

**Geburten:** Annette, T. des Kunstgärtners Otto Heide, Hans, S. des Schuhmachersmeisters Otto Guhn in Frohje, Elisabeth, T. des Zimmermanns Friedrich Werner.

**Todesfälle:** Witwe Frau Sophie Griski geb. Buhß, 65 J. 2 M. 28 T.

**Staßfurt.**  
**Aufgebote:** Stationsbote G. Dietrich mit Auguste Erdmann. Schornsteinfegergehilfe Joh. Behers-dorf hier mit Luise Marie Rünne in Hohenhaldensleben.

**Eheschließungen:** Kutscher Karl Freitag in Diebzig mit Luise Friedler hier. Analytiker Wb. Schild in Bitterfeld mit Anna Meier hier.

**Geburten:** S. des Kutschers Hugo Gropp mit Elise Voltin, Paul Müller.

**Todesfälle:** Ehefrau Luise Heine geb. Kampf, 54 J. Arbeiter Friedrich Kaiser, 50 J.

# Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg u. Umgeg.

## Sechs Versammlungen

Dienstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr

in Magdeburg im Dreikaiserbund.	in Neue Neustadt im Weissen Hirsch.	in Alte Neustadt in der Krone.	in Buckau im Thalia-Saal.	in Endenburg in der Zerbster Bierhalle.	in Wilhelmstadt im Luise-Park.
---------------------------------------	---	--------------------------------------	---------------------------------	---	--------------------------------------

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Vorbesprechung über die im Juli stattfindende General-Versammlung. 4. Verschiedenes.

Die Referenten werden in der Versammlung bekannt gegeben.

Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlungen, zu welcher auch Nichtmitglieder freien Zutritt haben, ersucht

Der Vorstand.

# Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.  
 Fernsprech-Anschluss Nr. 404. Bureau: Knochenhaueruferstr. 27/28, I.

**Versammlungen finden statt:**  
**Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr**  
 Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstr.

**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Unterstützungsvereinigungen der Gewerkschaften.  
 Referent: Reinhold Herwig.  
 2. Verbandsangelegenheiten.  
 3. Verschiedenes.

Bezirk Diesdorf im Lokale der Ww. Wärtens.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Verbandsangelegenheiten.  
 2. Verschiedenes.

Im übrigen erwarten wir von unseren Kollegen, soweit sie in Schmieden oder Gießereien tätig sind, daß sie die Schmiedeverammlung am Sonnabend abends 8 1/2 Uhr resp. die Formerverammlung am Sonntag vormittag 11 Uhr, beide in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstraße 27/28, besuchen werden.

Die Verwaltung.

# Öffentliche Versammlung

aller  
**Formen, Hilfsformen und Kernmacher**

am Sonntag, den 22. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr  
 in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstr. 27/28.

**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Kämpfe der Formen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.  
 Referent: Kollege Ernst Grenz-Leipzig  
 2. Diskussion.  
 3. Verschiedenes.

Kollegen! Zwei Jahre liegen nunmehr hinter uns, in denen die Unternehmer und ihre Angestellten uns in geradzug beleidigender Weise behandelt haben. Sorgt dafür, daß in dieser Versammlung der Anfang gemacht wird mit der Beseitigung der traurigen Zustände in unserer Branche. Tretet an in imposanter Zahl. Agitiert jeder Metallarbeiter bei den Gießereiarbeitern für den Besuch dieser Versammlung.  
 Der Einberufer.

# Ostertwick. Arbeiter-Turnverein.

Montag, den 23. Juni 1902 bei Einecke 3475  
**Unterhaltungsabend**  
**Gesellschaft Strzelewicz** ist engagiert.  
 Entree: Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg., Kinder 10 Pfg.  
 Der Vorstand.

# 1. Stiftungsfest

findet am 22. Juni statt.  
 Sportkollegen und Fremde sind hiermit freundlichst eingeladen.  
**Radsfahrer-Verein**  
**„All Heil“**  
**Randau (Elbe).**

# Burg. Weisser Schwan

Restaurant  
 Mühlenstraße.  
 Sonntag, den 22. Juni or.  
 Großes  
**Schweine-Auskegeln.**  
 Ergebnis! ladet ein  
**A. Thorhauer.**

# Burg. Weisser Schwan

Restaurant  
 Mühlenstraße.  
 Sonntag, den 22. Juni or.  
 Großes  
**Schweine-Auskegeln.**  
 Ergebnis! ladet ein  
**A. Thorhauer.**

# Auferstehung

ist zum billigen Preise von  
**1.25 Mk.**  
 gebunden und illustriert  
 von uns zu beziehen.  
**Buchhandlung Volksstimme.**

# Verlangen Sie Globus-Putz-Extract

überall nur den allein ächten

da viele wertlose Nachahmungen angeboten werden.  
**Fritz Schulz jun.**  
 Aktiengesellschaft, Leipzig.

# Sonnenbäder, Dampfbäder

**Wachungen, Massagen usw.**  
**Grosse Schulstrasse 4, I.**

**Küchenzettel**  
 der Magdeburger Volksküchen  
 Hauptwache 5 und Neustadt,  
 Schmidtstraße 61.

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.  
 Sonnabend: Graupensuppe mit  
 Rindfleisch.

Kinderlose Leute suchen eine Hausmannsstelle. Offerten bitten in der Exped. der „Volksstimme“ abzugeben.  
 Febl. Log. f. 2-3 J. Apfelftr. 8, 2 Tr. r.

Anst. Schlafst. Apfelftr. 8 bei Stübiger.  
 Tischlerkrugstr. 21, b. II. r. f. d. Logis.  
 Febl. Logis z. verm. Blauweißstr. 4, b. I.

**Wohnung**, 1 Tr., 2 St., K., Küche nebst Zubeh., 75 Thlr., zum 1. Oktober zu vermieten.  
**A. Germer, Cracau.**

# Hausierer

welche leicht verkäuflichen Artikel bei hohem Nutzen mitnehmen wollen, erfahren Näheres in der Exped. d. Bl.

# Entlaufen

ein Jagdhund, braunschädig.  
**Otto Bärmann, Stadtmarsch 7b.**

# Warnung.

Die gegen mich von dem Schmied **Arthur Baumgarten** ausgestoßene Beleidigung erkläre ich für unwahr und warne jeden, die Verurteilung weiter zu verbreiten.  
**Karl Gnoth.**

# Vittoria-Theater.

Freitag, den 20. Juni 1902:  
**Die Nacht der Finsternis.**  
 Sonnabend, den 21. Juni 1902:  
**Coralie & Comp.**

# Staudesant.

Magdeburg, 18. Juni.  
**Aufgebote:** Kaufm. Friedrich August Gustav Heinrich Kentsch mit Julie Elisabeth Auguste Saalmann in Berlin. Fabrikarbeiter Robert Mrojet mit Johanne Grashoff in Schönebeck. Gelbgießer Wilh. Georg Friedrich Karl Jagarias hier mit Wilhelmine Anna Vingner in Schönebeck. Xylograph August Friedr. Heinrich Duer in Hannover mit Marie Elisabeth Kerrniss in Schönebeck. Arbeiter Hermann Haberland mit Germaine Marie Anna Feidler in Dessau. Fleischer Otto Schröder mit Elise Sonntag. Profurist Hubert Niemann mit Gertrud Berger. Schloff. Hugo Gropp mit Elise Voltin. Schneider Friedrich Hermann Brachmann hier mit Marie Johanne Weisberg in Gnadau. Dreher Her-

